

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Miffringhaus, Berlin.  
Fernsprecher: Amt Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 64, Belle-Alliance-Platz 8  
Drahtanschrift: Sopadiensf

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalswechsel, wenn nichts anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 8. Mai 1931

## Umschwung in Argentinien.

Int. Anst. Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

(Von unserem Korrespondenten.)

SPD, Buenos Aires, im Mai (Eig. Bericht)

Im politischen Orchester des gegenwärtigen Argentinien hat sich eine grell Diskordnote eingeschlichen, die, so paradox es auch klingen mag, von jedem Anhänger wahrer Demokratie nur begrüßt werden kann. Mehr und mehr zeigt sich, dass auch in Lateinamerika der Wille der Volksmassen an die Stelle diktatorischer Willkür zu treten beginnt und die herrschenden Militär- oder Zivilcliquen sich ihm, wenn auch zähneknirschend, beugen müssen.

Die argentinischen Machtkämpfe des letzten Jahres bieten ein lehrreiches Beispiel dieser Entwicklung. Als im vergangenen Herbst Argentinien's präsidentieller Schulmeister Irigoyen gestürzt wurde und an seine Stelle General Uriburu trat, war die Stellungnahme der argentinischen öffentlichen Meinung gegenüber der siegreichen Revolution keineswegs einheitlich. Zwar war die Herrschaft der übermächtig gewordenen Partido Radical, des politischen Instruments des gestürzten Präsidenten, gebrochen, aber für jeden unbefangenen Beobachter musste von vornherein klar sein, dass die Ausschaltung der führenden politischen Parteimaschinerie Argentinien's und ihre Ersetzung durch eine ausgesprochene Regierungsbürokratie schwerwiegende Folgen nach sich ziehen musste. Wohl alle Volksschichten waren sich mehr oder weniger deutlich bewusst, dass die Revolution eine zwangsläufige Folge der Tyrannei Irigoyens und seiner Regierungsmethoden gewesen war; aber auf der anderen Seite war es ein bedenkliches Zeichen, dass auch in Argentinien, dem traditionell demokratischen Lande Südamerikas, revolutionäre Massnahmen an die Stelle ordentlicher Regierungsprozedur getreten waren. Nur Irigoyens Exzentrizität, die völlige Zerrüttung des Regierungsapparats durch die Eigensinnigkeiten eines alten, abgesondert lebenden Mannes hatten es vermocht, starke Teile der argentinischen Nation in das Lager Uriburus und seiner Freunde zu treiben. Kam noch hinzu, dass die neuen Machthaber den Konservatismus in reinsten Form, Grossgrundbesitz und Reichtum repräsentierten, so begreift man, dass die Zustimmung zu dem neuen Kurse in weiten Kreisen mit einem leichten Bedauern gemischt war.

Wie dem auch sei, die zuschauende Welt musste als sicher annehmen, dass der argentinische Wähler sich bei den kommenden Wahlen überwältigend zu der neuen Regierung und ihren demokratischen Zusicherungen bekennen werde. Nur die Regierung Uriburu selbst war sich dieser Zustimmung keineswegs sicher und die Entwicklung der letzten Monate hat ihrem Skeptizismus auch vollauf Recht gegeben. Dieser sozusagen amtliche Zweifel an der Zuverlässigkeit der Wählerscharen veranlasste die Regierung, die Wahltermine ständig hinauszuschieben und die öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Gegen diese Politik der Unklarheiten und des Hinauszögerns begann sich zuletzt im Volke deutlicher Widerstand zu regen, dem die Regierung in der Zulassung provinzieller Wahlen nachgeben zu müssen glaubte.

Die Wahlen in der Provinz Buenos Aires, dem Gradmesser der politischen

Intelligenz Argentiniens, haben bewiesen, dass die Regierung Uriburu nicht das Vertrauen der argentinischen Nation genießt. Die angeblich zerschmetterte und beerdigte Partido Radical konnte einen überwältigenden Wahlsieg verbuchen und besitzt, zusammen mit den Sozialisten, die das Zünglein an der Waage bilden, die absolute Majorität über die Regierungsanhänger. Nun muss natürlich berücksichtigt werden, dass es sich nicht um Nationalwahlen, sondern um Provinz-, besser gesagt um bundesstaatliche Wahlen handelt, die allein über die Zusammensetzung der Provinzialverwaltung bestimmen. Aber immerhin ist die Provinz Buenos Aires das Herz der Republik und keine Bundesregierung kann leichtfertig an der politischen Zusammensetzung der Verwaltungsstruktur des wichtigsten Landesteils vorübergehen.

Präsident Uriburu hat unter dem Eindruck der Wahlniederlage seine Regierung umgebildet und ist mit allen Kräften bemüht, sich am Ruder zu halten. Wie die herrschende Camarilla sich jedoch zu dem Wahlausfall stellt und ob sie in der Lage ist, die Wiederkehr der alten Machthaber - übrigens ein Akt, der an die Austreibung des Teufels durch Beelzebub erinnert - zu verhindern, sind Fragen, die im Angesichte des allgemeinen öffentlichen Misstrauens von sekundärer Bedeutung sind. Von einer überraschenden Wiederkehr der ehemaligen Machthaber ist übrigens bei der entscheidenden Position der Sozialisten keineswegs die Rede. Will sich die Uriburu-Regierung jedoch am Ruder halten, so muss sie einen Kurs steuern, der dem Willen der Volksmassen gerecht wird. Es ist eine andere Frage, ob ihr dies unter dem Druck ihrer Gefolgschaft möglich ist.

Einzig stabil und einzig massgeblich in der Flucht dieser Erscheinungen ist, dass sich die Stimme des argentinischen Wählers deutlich vernehmbar gemacht hat und von keiner Seite ignoriert werden kann. Regierung und Behörden sind entweder gezwungen, ihr zu gehorchen, oder sie laufen Gefahr, dass sich die Massen gegen sie genau so wenden, wie sich die gegenwärtigen Machthaber unter dem Deckmantel der Demokratie gegen das Irigoyen-Regime gewandt haben. Sicherlich ein grundlegender Wechsel gegenüber der nicht zu fernen Vergangenheit, als man in Lateinamerika Majoritäten kommandieren konnte und sie auch bekam! Die Demokratie, die in Jahrzehnten Fleisch und Blut der argentinischen Nation geworden ist, hat sich stärker erwiesen als die Machenschaften reaktionärer Elemente, welche demokratische Grundsätze straflos vor ihren Karren spannen zu können glaubten.

-----

SPD. In Kottbus wurde am Mittwoch ein Zigarrengrosshändler namens Wolsdorff zu 500 Mark Geldstrafe, Tragung der Gerichtskosten und Publikation des Urteils wegen einer schweren Verleumdung des Reichstagsabgeordneten Hilferding verurteilt. Wolsdorff hatte Nachrichten kolportiert, die in letzter Zeit von der gesamten nationalsozialistischen Presse und der Zigarettenhandels-Interessentenpresse verbreitet worden sind. Danach soll Hilferding als Aufsichtsrat des Reemtsma-Konzerns (Zigarettenindustrie) ein Gehalt von 120 000 Mark im Jahre erhalten. Das sei der Dank dafür, dass Hilferding dem Reemtsma-Konzern während seiner Ministerzeit eine Millionensteuerschuld erlassen habe.

Diese Behauptungen sind unwahr. Allen Zeitungen, die sie gebracht haben, hat Hilferding eine Berichtigung geschickt. Die Blätter sind ausserdem von Hilferding verklagt worden.

-----

SPD. Paris, 8. Mai (Eig. Drahtb.)

In der Kammer wurde am Freitag-Nachmittag vor stark besetztem Hause die Interpellationsdebatte über die deutsch-österreichische Zollunion fortgesetzt. Laval und Briand nahmen an der Sitzung teil.

Nachdem die beiden Abgeordneten Scapini (Fraktion Maginot) und Thébault (Unabhängiger der Linken), die im Kriege ihr Augenlicht verloren haben, auf

die Gefahren des Anschlusses Österreichs an Deutschland hingewiesen hatten, ohne Briand jedoch dafür verantwortlich zu machen, nahm Franklin-Bouillon das Wort. Er forderte, dass die politischen Methoden des Aussenministers sofort geändert werden, da Briand sich seit fünf Jahren ständig in seinen Voraussichten und in seiner Tätigkeit geirrt und damit den Frieden schwer kompromittiert habe. Es sei bedauerlich, dass die Debatte kurz vor der Präsidentenwahl stattfinde. Er werde daher nichts sagen was die Leidenschaften der Abgeordneten aufpeitschen könne. Briand habe sich bei der Senatsdebatte über die deutsch-österreichische Zollvereinbarung damit zu entschuldigen versucht, dass er wie alle übrigen Staatsmänner durch die Unterzeichnung des Protokolls vollkommen überrascht worden sei. Diese Begründung sei nicht ernst zu nehmen, denn alle Welt wisse, dass Deutschland und Österreich seit je auf den Anschluss hinarbeiten. Der Aussenminister habe sich bei seiner Gegenaktion an England und Italien um Unterstützung gewandt, obwohl er wissen musste, dass beide Länder nicht gegen den Anschluss seien. Demgegenüber hätten die Staaten der kleinen Entente die Gefahr sofort erkannt und sich zu einer energischen Gegenaktion zusammenschlossen. Die Kleine Entente werde der Kern des Widerstandes gegen den deutsch-österreichischen Zollplan sein. Briand hätte sofort erklären müssen, dass die Zollunion zwischen Deutschland und Österreich nach den Bestimmungen der Friedensverträge ungesetzlich sei, und er hätte sofort die Einberufung des Völkerbundsrats veranlassen müssen. Das habe er aber nicht getan, weil er seit drei Jahren von Paneuropa träume. Statt dieser Utopie hätte der Minister versuchen sollen, die im Kriege gegen die mitteleuropäischen Mächte vereinten Staaten zu einem soliden Block zusammenzuschliessen, dem gegenüber Deutschland und Österreich niemals gewagt hätten, ihren Plan durchzuführen. Der Anschluss sei die Folge der zusammenhanglosen schüchternen und blinden Politik der alliierten Mächte.

Franklin-Bouillon erklärte schliesslich noch, dass nach seiner Meinung die Locarno-Verträge bedroht seien. Er begründete diese Auffassung vor allem mit der im Dezember 1930 in Magdeburg von dem preussischen Ministerpräsidenten Braun abgegebenen Erklärung, dass Deutschland sich nicht mehr mit der Ostgrenze einverstanden erklären könne. Ferner sei dafür bezeichnend eine Erklärung des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Breitscheid anlässlich einer Abstimmung im Reichstag über eine Entschliessung inbezug auf die Rückgliederung von Eupen und Malmedy an Deutschland.

-----

SPD. Chemnitz, 8. Mai (Eig. Drahtb.)

In Chemnitz ist durch die Aufmerksamkeit wachsender republikanischer Polizeibeamter ein Polizeiskandal aufgedeckt worden, der eine enge Zusammenarbeit von Polizeioffizieren mit der nationalsozialistischen Partei enthüllt.

In der Kaserne der Schutzpolizei Chemnitz war schon seit einiger Zeit beobachtet worden, dass zwei junge Burschen des öfteren Kübel mit Essen aus der Küche der Kaserne forttransportierten. Dieser Tage wurden die beiden Essenholer von wachhabenden Beamten gestellt. Die Untersuchung ergab, dass die beiden jungen Leute das Essen für Nazi-Bereitschaften abholten. Die beiden Essenholer selbst sind Mitglieder der nationalsozialistischen Partei, desgleichen der Küchenoffizier, ein Oberleutnant Bayer. Es ist also kein Wunder, dass die Untersuchung nicht vom Fleck kommt. Bisher ist lediglich festgestellt worden, dass die Angaben der nationalsozialistischen Essenholer über ihre Personalien nicht stimmen.

Vielleicht hängt die polizeiwidrige Führung der Untersuchung auch damit zusammen, dass, wie jetzt bekannt geworden ist, eine ganze Anzahl Offiziere der Chemnitzer Schutzpolizei eingeschriebene Mitglieder der nationalsozialistischen Partei sind. Die verantwortlichen Stellen haben bisher zu den aufsehererregenden Feststellungen geschwiegen.

-----

SPD. München, 8.Mai (Eig.Drahtb.)

Die Neuwahl des bayerischen Landtages dürfte in der zweiten Oktoberhälfte erfolgen. Die Bayerische Volkspartei hat sich jetzt ebenfalls mit den Herbstwahlen grundsätzlich einverstanden erklärt.

Ende der nächsten Woche wird der Verfassungsausschuss des Landtages eine Entscheidung über den Zeitpunkt der Landtagsauflösung fällen. Nach Abschluss der Haushaltsberatungen, der im Juni zu erwarten ist, sollen weitere parlamentarische Arbeiten nicht mehr in Angriff genommen werden.

SPD. Chemnitz, 8.Mai (Eig.Drahtb.)

Zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei im Wahlkreis Chemnitz-Zwickau ist ein schwerer Konflikt ausgebrochen.

Auf einer deutschnationalen Kundgebung in Chemnitz hatte kürzlich Hugenberg die Deutsche Volkspartei in scharfster Weise angegriffen. Die Deutsche Volkspartei im Wahlkreis Chemnitz wendet sich jetzt in einem Inserat in der Chemnitzer bürgerlichen Presse gegen die Behauptungen Hugenbergs. Seine Ausführungen, er könne nicht verstehen, wie ein Wähler noch die Deutsche Volkspartei wählen könne, werden als eine Beschimpfung der gesamten Wählerschaft der Deutschen Volkspartei deklariert. Ferner weist die Deutsche Volkspartei den Angriff zurück, dass die Volkspartei die Politik der letzten Jahre auf dem Gewissen habe. Solche Agitationsmethoden, wie sie Hugenberg angewandt habe, forderten zu schärfster Abwehr heraus.

Der Streit im Rechtslager des Wahlkreises Chemnitz ist umso bemerkenswerter, als gerade die Deutsche Volkspartei im Bezirk Chemnitz von jeher äußerst scharf nach rechts drängte.

SPD. München, 8.Mai (Eig.Drahtb.)

Der aus Thüringen davongejagte Nazi-Minister Frick hatte die Münchner "Jugend" noch kurz vor seinem Abgang wegen Beleidigung der thüringischen Polizei verklagt. Der verantwortliche Redakteur des Blattes und ein mitverklagter Zeichner wurden am Freitag freigesprochen.

Die Münchener "Jugend" hatte zur Zeit des Konflikts zwischen Frick und dem Reichsinnenministerium eine Serie von 6 Bildern veröffentlicht, die unter der Überschrift "Aufnahmeprüfung für die Thüringer Landespolizei" verbrecherische Ausschreitungen nationalsozialistischer Rowdys satirisch darstellte. Frick fühlte sich dadurch beleidigt und lief zum Kadi, aber die Strafkammer des Münchener Landgerichtes lehnte die Eröffnung des Verfahrens ab. Das oberste Landesgericht hob diesen Beschluss auf. Da Frick nicht wegen Beleidigung seiner Person, sondern der Thüringer Polizei geklagt hat, führten die Beklagten den Nachweis, dass sie beiden Zeichnungen zum Ausdruck bringen wollten, wie die Thüringer Polizei aussehen würde, wenn sie aus Nationalsozialisten bestünde. Zwei Sachverständige gaben ihr Gutachten zugunsten der Beklagten ab. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 1000 Mark. Das Gericht war aber vernünftiger und sprach beide Angeklagten frei mit der Begründung: "Die Bilder stellen Nationalsozialisten dar, aber es geht weder aus den Bildern noch aus dem Begleittext hervor, dass solche Personen, die ihre verbrecherische Natur schon durch die Tat bewiesen haben, ausschliesslich in die Thüringer Polizei aufgenommen werden sollen. Dieser Vorwurf kann den Bildern nicht entnommen werden."

Bemerkenswert ist, dass sich unter den Geschworenen der berüchtigte Münchener Hakenkreuzler Ostberg befand, der als Polizeiwachtmeister zurzeit des Hitlerputsches mit Frick zusammenarbeitete und deswegen aus dem Dienst entlassen wurde.

SPD. Im Roggen-Untersuchungsausschuss des Reichstags stellte der Reichs-ernährungsminister am Freitag in einer längeren Erklärung fest, dass dem Reichskommissar Dr. Baade nicht der Vorwurf der Irreführung oder Täuschung des Ausschusses gemacht werden könne. Trotzdem knüpfte sich an die Ausführungen des Reichs-ernährungsministers eine Debatte, in der Nationalsozialisten, Kommunisten und Wirtschaftsparteiler den Reichskommissar Baade wiederum zu verleumden suchten. Der Wirtschaftsparteiler Freybe verstieg sich sogar zu der Behauptung, die Einnahmen Baades als "mühlose Gewinne" zu bezeichnen. Gegen diese Auffassung wandte sich der ehemalige Reichs-ernährungs- und jetzige Reichsfinanzminister Dietrich mit folgenden Ausführungen :

"Ich kann Herrn Dr. Baade nur das Zeugnis ausstellen, dass er ein hervorragender Arbeiter ist, dem man Aufgaben zumuten kann, für die man schwer eine andere geeignete Arbeitskraft findet. Denken Sie nur an das Gutachten über die Landwirtschaft, das wir seinerzeit in aller Eile für die Reparationsverhandlungen fertigstellen mussten. Sie werden schwer jemand finden, der in solcher logischen Schlüssigkeit und in so einwandfreier Form wie Dr. Baade dieses Gutachten hätte machen können. Ich bin mit Dr. Baade häufig verschiedener Meinung gewesen, aber in einem Punkte hatten wir niemals Schwierigkeiten miteinander: Er hat jede Arbeit, wenn sie auch noch so schwierig war, übernommen."

Zum Schluss der Sitzung wurden alle Anträge, die eine Diffamierung des Reichskommissars Baade bezweckten, abgelehnt. So verging ein ganzer Morgen nutzlos damit, dass sich der Untersuchungsausschuss über Dinge unterhielt, die mit der Schuld an dem Zusammenbruch der Roggenstützung nicht das Geringste zu tun haben.

-----

SPD. Köln, 8. Mai (Eig. Drahtb.)

Das Schöffengericht Köln verurteilte am Freitag den nationalsozialistischen Reichstagsabgeordneten Gottfried Feder wegen Beleidigung und Verächtlichmachung des verstorbenen Reichskanzlers Hermann Müller zu 500 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte 6 Wochen Gefängnis beantragt.

Feder hatte am 17. Dezember 1929 in einer nationalsozialistischen Studentenversammlung u. a. gesagt: "Bismarck hatte noch etwas gelernt, aber Hermann Müller war vor seiner Berufung zum Reichskanzler Klosettreisender." Im Verlauf der Verhandlung stand Feder, wie man das bei den Nationalsozialisten gewöhnt ist, natürlich nicht zu seinen Worten. Er will nur von einem "Reisenden in sanitären Anlagen" gesprochen haben. Aber selbst zwei nationalsozialistische Zeugen mussten zugeben, dass der Ausdruck "Klosettreisender" aus dem Munde Feders gefallen ist. Als sich Feder über die Aufhebung der Immunität beschwerte und dabei sagte, sie sei nur aufgehoben worden, um politische Gegner mündtot zu machen, wurde ihm vom Vorsitzenden erwidert, dass die Aufhebung erfolgt sei, um politische Gegner nicht mit Dreck bewerfen zu lassen.

-----

SPD. In dem Berliner Schwurgerichtsprozess gegen die Angeklagten Stief und Genossen, die seit drei Wochen wegen Totschlagsversuchs, hinterlistiger Körperverletzung, Landfriedensbruchs und unbefugten Waffenbesitzes gelegentlich des Ueberfalls auf das Charlottenburger Tanzlokal "Eden" am 22. 11. 1930 vor Gericht stehen, wurden am Freitag der Münchener Parteipapst Hitler und seit abtrünnig gewordener ehemaliger Osaf, Stennes, als Zeugen vernommen.

Hitler, der als erster vor den Schranken des Gerichts erscheint, ist sehr nervös und unbeherrscht. Keine Sekunde kann er ruhig bleiben, immer ist er in Bewegung. Auf sachliche Fragen antwortet er mit einem bombastischen Redeschwall; es ist derselbe Mann, der an dem "Bramarbasieren dieser Zeit" hef-

tige Kritik ausübt. Nachdem der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Ohnesorge, Hitler über das Thema seiner Vernehmung orientiert hat, hält der Nazihauptling ein leidenschaftliches Plädoyer für die Legalität und politische Gesellschaftsfähigkeit seiner Partei. Er behauptete, dass jeder, der in der NSDAP zu illegalen Mitteln greift, sofort ausgeschlossen werden würde. "Meine Leute dürfen keine Waffen tragen", ruft Hitler emphatisch, "sonst werden sie sofort ausgeschlossen. Auch Rollkommandos gibt es bei uns nicht und ich glaube sicher, dass der hier in Frage stehende Sturm 33 kein Rollkommando irgendwelcher Art ist. Die SA wurde von uns nicht gebildet, um mit Bomben, Handgranaten und ähnlichen Dingen dem Feind zu Leibe zu gehen, sondern um der Partei gegen die blutigen Provokationen des sogenannten Proletariats die Strasse zu erobern. Ich halte es übrigens für ausgeschlossen, dass die Bildung eines doch geheimen Rollkommando möglich wäre, ohne dass die Polizei von der Sache erfährt. In unseren Organisationen sitzen ja überall Spitzel, die sofort die Öffentlichkeit und die Behörden orientieren würden. Es ist übrigens auch möglich, dass solche Spitzel illegale Lockspitzeleien begehen, um uns herein zu legen. Ich gehe den absolut legalen Weg aus der inneren Ueberzeugung, dass eben auf andere Weise eine Weiterentwicklung unmöglich ist."

Als der Nebenkläger Herrn Hitler vorwirft, dass er doch dem Hauptmann Stennes in seinem bekannten Artikel im "Völkischen Beobachter" die Bildung "erbärmlicher Rollkommandos" zum Vorwurf gemacht habe, wird der Zeuge sehr aufgeregt und sagt, das Wort "Rollkommando" habe eigentlich eine recht harmlose Bedeutung und sei im Grunde nur die Kennzeichnung der besonderen Kleinheit einer Gruppe. Diese merkwürdige Formulierung ruft einige Heiterkeit hervor. Hitler fährt dann fort: "Mein Artikel bezog sich keineswegs auf die Tätigkeit des Herrn Stennes in der NSDAP. Seine Rollkommandos oder das, was man dafür hält, lagen in der Zeit seiner Hundertschaft zur besonderen Verwendung und der Schwarzen Reichswehr..." Hitler wird dann sehr weitschweifig und beklagt in melodramatischen Ausführungen die arme SA, die täglich Opfer um Opfer bringe und von der Linken so schrecklich terrorisiert werde. Da könne einmal, also meint der wackere Herr Hitler, die Grenze zwischen Notwehr und Angriff verwischt werden. Vom grünen Tisch aus sei das schwer zu beurteilen. "Wenn die roten Mörder -" Vorsitzender: "Solche Ausdrücke haben Sie unbedingt zu unterlassen, Herr Hitler!" Hitler wird sehr rot und fährt dann mit aufgeregter Stimme fort: "Ich kann ja nicht alles wissen, was bei der Unterführung geschieht. Entscheidend ist nur das, was ich tue und anordne. Und ich werde meinen beschworenen legalen Weg gehen." Nebenkläger: "In Ihrem Artikel im "Völkischen Beobachter", Herr Hitler, heisst es: "Ich habe in Leipzig die Legalität beschworen und werde mich nicht von Stennes meineidig machen lassen." Ich frage Sie nun, hatten Sie denn konkrete Befürchtungen in dieser Hinsicht?" Hitler antwortet ausweichend. Als der Rechtsanwalt ihn auf seine fortwährenden Widersprüche und auf die Verschwommenheit seiner Bekundungen aufmerksam macht, verliert Hitler völlig den Kopf und schreit: "Schieben Sie mir keinen anderen Sinn unter! Ich weiss schon, was ich sage." Als dem Zeugen weiterhin vorgehalten wird, dass der Ausdruck "erbärmliche Rollkommandos" sowie der Vorwurf gegen Stennes, er habe die SA gegen die Parteileitung illegal aufgehetzt, doch wirklich nur eindeutig verstanden werden könne, weiss Hitler nichts anderes als den Satz zu erwidern: "So liest der Deutsche Zeitungen nicht, Herr Rechtsanwalt."

Das unerbittliche Kreuzverhör geht weiter, die Widersprüche häufen sich. "Herr Hitler, ist Ihnen bekannt, dass in der SA häufig von einer "Rollkluft" gesprochen wird?" Hitler: "So, so, davon weiss ich nichts. Unser Ehrenkleid hat man uns genommen und nun laufen wir alle in Fantasiekostümen herum." "Herr Hitler, Sie beklagen sich über den Terror der Linken. Wissen Sie nicht, dass Ihr Reichspropagandaleiter Goebbels erklärt hat, dass man den Gegner zu-

Brei stampfen müsse?" "Ach, das ist wohl nicht so gemeint, es ist mehr eine Anfeuerung für die Massen. Wir gehen nicht los, den Gegner zu zerstampfen." "Sie halten es also für unmöglich, Herr Hitler, dass in der NSDAP illegale Sachen getätigt werden?" "Wenn irgendein schwer bezahltes Subjekt es fertig bringt, ein paar Dutzend Leute um sich zu sammeln, dann kann ich doch nichts dafür. Aber dann ist es sicher eine Spitzelei." Schliesslich sagt Hitler, als man ihm gar zu scharf zu Leibe geht: "Man kann nicht immer Bescheid wissen. Die Partei tut alles, um illegale Dinge zu verhindern." Dann wird Hitler nach der Tätigkeit des Hauptmanns Stennes befragt, u.a. danach, ob ihm gewisse Dinge zu Ohren gekommen seien, die ihn veranlassten, von Stennes abzurücken. Nun sagt Hitler plötzlich: "Ich stehe hier unter Eid, da kann ich keine subjektiven Aussagen machen."

+  
"Herr Zeuge, hatten Sie nicht gegen Stennes den Vorwurf erhoben, dass er einen SA-Führer nach Danzig geschickt habe, obwohl er an Rollkommandos und Gewaltakten beteiligt war?" Hitler (sehr aufgeregt): "Nein. Das war nur ein Mann der eine Weihnachtsfeier der eigenen Partei gestört hatte." "Das stimmt nicht, Herr Hitler. Es wird diesem SA-Führer auch zum Vorwurf gemacht, dass er zahlreiche Gewaltakte gegen Andersdenkende begangen habe." Hitler (schreiend): "Zeigen Sie mir das!" Der Nebenkläger beweist es Hitler durch einen Artikel im "Völkischen Beobachter". Worauf der Zeuge plötzlich sagt: "Ich weiss übrigens garnicht, was das mit dem Sturm 33 zu tun hat. Uebrigens kann ich über dieses Thema nur unter Ausschluss der Öffentlichkeit sprechen. Es handelt sich um Fragen der Landesverteidigung." "Ist Ihnen bekannt, dass die Danziger Nazis auch Waffen gehabt haben?" Hitler schreiend: "Ich habe nur von dem zu berichten was ich weiss. Ich weiss nichts." Es entspinnt sich dann eine längere erregte Auseinandersetzung über die Rollkommandos, wobei Hitler immer aufgeregter wird. Mehrmals schreit er in den Saal: "Es gibt kein Rollkommando, nein, nein." Auch der Vorsitzende hält Hitler entgegen, dass es dann doch bestimmt besser gewesen wäre, den Ausdruck "Rollkommando" überhaupt zu vermeiden.

+  
Rechtsanwalt Becker, der Stennes-Mann, springt ebenfalls nicht sanft mit Hitler um. "Herr Zeuge, Sie haben doch behauptet, dass Stennes ein Polizeispitzel sei?" "Ich habe nur gesagt, dass er früher Polizeihauptmann gewesen sei und jetzt sehr radikal wäre." "Das ist nicht richtig. Nach meinen genauen Informationen haben Sie diese Behauptung bei einer Besprechung im November 1930 positiv aufgestellt." "Ausgeschlossen!" "Darf ich Ihrem Gedächtnis nachhelfen?" "Bitte."

"Es war bei einer SA-Führer-Besprechung anlässlich der Berliner Revolte." "Ich erinnere mich nicht, aber, hm, ja, es kann stimmen." "Wenn Sie wüssten, dass Leute von Ihnen Waffen hätten, würden Sie dann der Polizei davon Nachricht geben?" "Ja, ja, wahrscheinlich." "Hat die NSDAP in Hamburg nicht selbst ihre eigenen Leute der Polizei angezeigt?" "Ich kenne den Fall nicht so, aber es wird stimmen." "Und haben Sie nicht selbst eine Belohnung zur Ergreifung der verfolgten holsteinischen Bauern ausgesetzt?" Hitler antwortet mit einem Kopfnicken und wird dann furchtbar aufgereggt. In seiner Erregung legt er folgendes Bekenntnis ab: "Wenn ich wüsste, dass man einen Mann heute für alles verantwortlich machen könnte, so würde ich dafür sorgen, dass dieser Mann mit allen Mitteln beseitigt würde. Aber ich weiss, es ist das System, und deshalb hat eine solche Methode keinen Sinn."

+  
"Dann kommt das Thema Goebbels zur Sprache. "Herr Hitler, war Ihnen das Buch des Herrn Goebbels, der "Nazi-Sozi" bekannt, in dem zum wildesten Aufruhr gegen den Staat gerufen wird, als Sie ihn zum Gauführer von Berlin und zum Reichspropagandaleiter der NSDAP ernannten? In dieser Schrift heisst es u.a.: "Wir sind Revolutionäre der Tat und jagen das Parlament zum Teufel. Wir marschieren gegen den Staat." "Das Buch ist nicht parteiamtlich. Es geht uns

nichts an, was Herr Goebbels hier schreibt. Ich habe ihn wegen seiner ausserordentlichen propagandistischen Fähigkeiten zum Reichspropagandaleiter gemacht. Die Richtlinien der Politik aber bestimme ich und Herr Goebbels hat sich zu fügen." Der Verteidiger kann nachher feststellen, dass trotz dieser Bekundungen des Herrn Hitler die Aufruchrschrift des Dr. Goebbels nach der vergriffenen ersten Auflage vom parteiamtlichen "Ener-Verlag" in München übernommen worden ist und in jetzt insgesamt 120 000 Exemplaren in allen nationalsozialistischen Versammlungen bis heute vertrieben wurde. Hitler weiss auf all das nicht anderes zu erwidern, als den stereotyp gemurmelten Satz: "Ich stehe auf dem Boden der legalen Verfassung."

Rechtsanwalt Becker stellt dann an Hitler die Frage, ob ihm bekannt sei, dass Oberleutnant Röhm und Hauptmann Göring mit den Herren Schleicher und Hammerstein von der Reichswehr über die völlige Umorganisation der SA verhandelt hätten, wobei von Hitlers Unterhändlern die durchgreifende Entradikalisierung der Truppe versprochen worden wäre. Hitler will erst von nichts wissen, gibt dann aber im Kreuzverhör die Tatsache schliesslich zu. Weiter sollen ähnliche Verhandlungen zwischen Göring, Röhm und Treviranus stattgefunden haben. Hitler weiss sich schliesslich gar nicht mehr zu helfen und sagt: "Es muss eben alles geschehen, um den legalen Weg der SA vor Gott und der Welt zu versichern." Dann werden noch die Verhandlungen mit Brüning gestreift. Auch hier will Hitler keine Konzessionen angeboten haben. Als der Nebenkläger die Taten der Feme berührt und von Tötungen spricht, ruft Hitler pathetisch: "Das waren für mich keine Tötungen, die Leute haben Deutschland verteidigt!" "Stimmt es, Herr Hitler, dass Sie sich bei der ersten SA-Revolte in Berlin im November 1930 von bewaffneten SS-Leuten in die Sturmlokale begleiten liessen?" "Das war nicht nötig. Ich wurde überall mit stürmischer Begeisterung begrüsst." Die im Zuschauerraum anwesenden Stennes-Leute rufen "Schwindel" und brechen in Hohn- und Gelächter aus.

+

Stennes, der am Nachmittag vernommen wurde, beschäftigte das Gericht nur kurz. Er ist sehr vorsichtig, will von illegalen Dingen nichts wissen und behauptet, Hitler verlassen zu haben, weil dieser die Parteigrundsätze verraten hätten. Sein Weg sei genau so legal wie der Hitlers, aber ehrlicher. Unter "Rollkommandos" versteht er allerdings im Gegensatz zu Hitler etwas durchaus Gewalttätiges, will aber von derlei Sachen nichts gewusst haben. Mit deutlicher Anspielung auf Goebbels betont Stennes, dass die Leitung der SA stets gegen die leidenschaftlichen Hetzereien der politischen Führer gewesen wäre; die Zusammenstösse wären meist eine Folge dieser Hetze. Als Rechtsanwalt Becke unter Berufung auf den Vorwurf der Polizeispitzelei an Stennes die Frage richtet, ob er illegale Pläne gehabt habe, um die Polizei zu provozieren, antwortet Stennes: "Nein, das kann ich auf meinen Eid nehmen."

+

Die Vernehmung des früheren Berliner Gauführers der SA, Wetzel, ergibt die erstaunliche Tatsache, dass die unteren SA-Führer schalten und walten konnten, wie es ihnen beliebte. Herr Wetzel übte nicht die mindeste Kontrolle aus und überliess alles den "nachgeordneten Instanzen". Mit Recht nagelte Staatsanwalt Stehning diese unglaublichen Zustände, die die Verantwortungslosigkeit innerhalb der SA-Führerschaft grell aufzeigen, fest. Unter allgemeiner Bewegung bekundet Wetzel schliesslich: "Ich glaube, dass sich Hitler im Gegensatz zu seinem früheren Glaubensbekenntnis auf die Legalität eingestellt hat. Es ist ihm sicher damit ernst, wenn auch am 19. Januar Herr Goebbels den Legalitätseid Hitlers vor einer Versammlung von SA-Leuten ins Lächerliche zu ziehen versuchte -".

Die Vernehmung der drei Zeugen fand erst in den späten Abendstunden ihren Abschluss. Entgegen dem Antrag des Nebenklägers wurden Hitler, Stennes und Wetzel vereidigt.

SPD. Liegnitz, 8. Mai (Eig. Drahtb.)

Die hiesige grosse Strafkammer, die sich am Freitag als Berufungsinstanz mit den am 22. August des vergangenen Jahres in Bunzlau zu verzeichnenden blutigen Vorgängen beschäftigte, setzte die Urteile der ersten Instanz gegen die 9 Angeklagten wesentlich herab.

Die blutigen Vorgänge ereigneten sich am Abend des 22. August anlässlich einer nationalsozialistischen Versammlung. Als sich die Polizei von der vor dem Versammlungslokal stehenden Menge bedroht glaubte, feuerte sie in die Menge. 3 Personen wurden getötet, zehn verletzt. Das hiesige Schöffengericht hatte wegen der Vorfälle neun Arbeiter, die man als Sündenböcke herausgesucht hatte und die teils der Kommunisten, teils der Sozialdemokratischen Partei angehören, wegen schweren Aufruhrs und Landfriedensbruchs zu Gefängnisstrafen von vier Monaten bis drei Jahren verurteilt. Insgesamt war auf 125 Monate Gefängnis erkannt worden. Sämtliche neun Arbeiter hatten gegen das Urteil Berufung eingelegt. Auf Grund einer nochmaligen Beweisaufnahme bezeichnete Oberstaatsanwalt Krüger die Haftstrafen des ersten Urteils als zu hoch und beantragte wesentliche Herabsetzung der Strafen und Strafaussetzung für alle neun Angeklagten.

Die grosse Strafkammer sprach drei Angeklagte frei. Die übrigen wurden zu insgesamt 45 Monaten Gefängnis verurteilt. Bis auf einen wurde sämtlichen Angeklagten Strafaussetzung zugebilligt.

SPD. Angesichts der Gerüchte über eine drohende erneute Kürzung der Beamtengehälter haben sich die freigewerkschaftlichen Organisationen der Beamten sowie der Arbeiter und Angestellten in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen an den Reichskanzler gewandt, um Aufklärung über die Absichten der Regierung zu erhalten und die einmütige Abwehrstellung der öffentlichen Bediensteten gegen einen neuen Lohn- und Gehaltsabbau zum Ausdruck zu bringen.

An der Aktion sind beteiligt: Für die Arbeiter der Gesamtverband der Arbeiter der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs, der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, der Zentralverband der Maschinisten und Heizer, für die öffentlichen Angestellten der Bund der technischen Angestellten und Beamten, der Zentralverband der Angestellten, der Deutsche Werkmeisterverband, für die Beamtenverbände der Allgemeine Deutsche Beamtenbund. Das gemeinsame Vorgehen der Beamten und der übrigen Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst gründet sich auf die Tatsache, dass eine etwa beabsichtigte Kürzung der Beamtengehälter ohne weiteres auch eine Kürzung der Gehälter der öffentlichen Angestellten nach sich ziehen und weiter auch eine neue Senkung der Löhne der im öffentlichen Dienst stehenden Arbeiter zur Folge haben würde. Eine Senkung der Gehälter der öffentlichen Bediensteten birgt auch die Gefahr der Ankurbelung einer neuen allgemeinen Lohnabbauwelle in sich.

Die freigewerkschaftlichen Verbände der Beamten, Angestellten und Arbeiter in den öffentlichen Betrieben und Verwaltungen, deren Gehälter und Löhne bereits stärker gekürzt worden sind, als es die bisher eingetretene Preissenkung rechtfertigen könnte, sind der Ueberzeugung, dass eine weitere Senkung ihres Einkommens völlig unerträglich ist. Sie würde dazu eine neue erhebliche Schwächung der Massenkauftkraft und damit eine weitere Vertiefung der Wirtschaftskrise zur Folge haben. Dass immer weitere Wirtschaftskrise diese Gefahr erkannt haben, zeigt auch die Erklärung des Verbandes deutscher Waren- und Kaufhäuser, die eine nochmalige Herabsetzung der Beamtengehälter als eine wirtschaftliche Katastrophe bezeichnet.

SPD. Oslo, 6. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Regierung Mowinkel ist am Freitag zurückgetreten. Der Rücktritt erfolgte, nachdem das Parlament dem Kabinett am Donnerstag abend mit 57 gegen 55 Stimmen sein Misstrauen bekundet hatte, weil sie einem ausländischen Margarine-Konzern eine Konzession erteilt hatte. Die Mehrheit des Parlaments ist der Ansicht, dass diese Konzession eine Ueberfremdung Norwegens durch ausländisches Kapital zur Folge hat.

Die Führung des neuen Kabinetts wird von der Bauernpartei übernommen.

-----

SPD. London, 8. Mai (Eig. Drahtb.)

Der Arbeiterpartei ist es gelungen, bei der Nachwahl in St. Rollox das bisherige Mandat zu behaupten. Auffallend ist bei dieser Wahl der enorme Rückgang der Wahlbeteiligung. Er erklärt sich zum Teil durch einen heftigen Sturm während des Wahltages, zum Teil durch lokale Komplikationen. Trotz dieser ungünstigen Verhältnisse ist der Labour-Kandidat mit einer Mehrheit von 1382 Stimmen gegen den konservativen und den schottisch-nationalistischen Kandidaten Sieger geblieben.

-----

SPD. München, 8. Mai (Eig. Drahtb.)

Der für Freitag angekündigte Abbruch der Beziehungen der Bayerischen Volkspartei zur Regierung Brüning ist nicht eingetreten.

Der Landesausschuss der Partei beschloss am Freitag in Anwesenheit des Ministers Schätzel, zunächst noch davon Abstand zu nehmen, die bereits im Januar von derselben Körperschaft angekündigten letzten politischen Folgerungen zu ziehen, um im Falle der Aufrechterhaltung des Steuervereinheitlichungsgesetzes den Reichspostminister Schätzel abuberufen. Begründet wird dieser Beschluss, der nach dem in der Öffentlichkeit geschlagenen Lärm etwas überrascht, damit, dass sich in den letzten Tagen trotz des Abbruchs der zwischen der Reichs- und der bayerischen Regierung gepflogenen offiziellen Verhandlungen, noch eine gewisse Verhandlungsmöglichkeit ergeben haben, die immerhin eine letzte Hoffnung auf eine gütliche Bereinigung des Streitfalles berechtigt erscheinen lasse. Aus der durch eine am Freitag vormittag stattgefundene telefonische Fühlungnahme festgestellten Bereitschaft des Reichskanzlers, neuerdings mit Vertretern der Bayerischen Volkspartei zu verhandeln, dürfe geschlossen werden, dass auch dem Reichskanzler ebenso wie der Bayerischen Volkspartei daran liege, einen Bruch zu vermeiden. Es wird angenommen, dass die neuen Verhandlungen so rasch durchgeführt werden, dass der für Ende Mai wiederum einberufene Landesausschuss seine "endgültige Entscheidung" fällen kann.

-----

SPD. Rom, 8. Mai (Eig. Drahtb.)

Die Regierung hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, nach dem alle nicht militärpflichtigen Bürger bis zum 70. Lebensjahre, alle Frauen und Minderjährigen über 16 Jahre im Falle einer Mobilmachung zum Zivildienst herangezogen werden. Wer der Aufforderung zur Leistung körperlicher oder geistiger Dienste nicht Folge leistet, wird nach dem Gesetz schwer bestraft.

-----

SPD. Rom, 8.Mai (Eig.Drahtb.)

Der nationalsozialistische Reichstags-Abgeordnete Hauptmann Göring wurde dieser Tage von Mussolini und vom Papst empfangen.

Göring versuchte, wie zuverlässig verlautet, beim Papst wegen der Haltung der deutschen Bischöfe gegenüber den Nationalsozialisten zu intervenieren. U.a. hat er versprochen, dass seine Partei künftig gegenüber der katholischen Religion grösste Zurückhaltung üben wolle.

SPD. München, 8.Mai (Eig.Drahtb.)

Der bayerische Ministerrat hat am Freitag den zum Tode verurteilten Gelegenheitsarbeiter Adam und den ebenfalls zum Tode verurteilten Landwirt Büggenmann begnadigt. Die Todesstrafe wurde in beiden Fällen in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt.

SPD. Stuttgart, 8.Mai (Eig.Drahtb.)

Das Schwurgericht Stuttgart verurteilte den nationalsozialistischen Gruppenführer Oskar Bröll-Zuffenhausen, wegen Totschlages, Körperverletzung, unerlaubten Waffenbesitzes und Nichtablieferung von Heeresgut zu 2 Jahren Gefängnis und 70 Mark Geldstrafe.

Bröll hatte einem kommunistischen Arbeiter zwei Stiche in die Brust und in den Unterleib versetzt, an deren Folgen der Arbeiter gestorben ist. Ausserdem hat er im Verlauf einer nationalsozialistischen Versammlung auch noch andere Kommunisten verletzt.

SPD. Rom, 8.Mai (Eig.Drahtb.)

Zwei Tage vor Beginn der Mai-Tagung des Völkerbundsrats wird der italienische Aussenminister mit dem englischen Aussenminister zwecks Beratung des Flottenproblems in Genf zusammentreffen. Wie es heisst, wird im Verlauf der Unterredung auch die deutsch-österreichische Zollunion besprochen werden.

Der "zweite Mann" kommt!

Die erfolgreiche Versammlungsoffensive der Partei.

SPD. Der Parteibezirk der SPD Niederbayern berichtet: "Trotz der wirtschaftlich miserablen Verhältnisse wurden 319 Neuaufnahmen gemacht, sodass in diesem Jahre eine Zahl von 1000 neuen Mitgliedern bereits erreicht sein dürfte." - "Der Erfolg unserer Werbearbeit in der letzten Woche besteht in der Gründung von 6 neuen Ortsgruppen mit 210 Mitgliedern" meldet der Bezirk Franken. Die Pfalz: "Die Werbeaktion geht weiter und bringt schöne Erfolge." "Die Stimmung war sehr gut. Es wurden wieder 35 neue Mitglieder gewonnen" schreibt Düsseldorf.

Ostpreussen gewann in der zweiten Aprilwoche 1812 Mitglieder; Zeititz 126, Weissenfels 60, Gross-Leipzig in 3 Monaten 1268 und so fort in endloser Reihe. In 3 Monaten gewannen allein 30 Ortsgruppen des Bezirks Pfalz 834 neue Genossen. Genosse Schaumlöffel in Kaiserslautern gewann allein 100 Mitglieder.

Die Werbeerfolge verdankt die Partei nicht zuletzt der seit Jahresbeginn durchgeführten Versammlungswelle, die auch jetzt noch mit Energie weiterge-

führt wird. Besonders zahlreich sind die Versammlungen in Süd- und Westdeutschland. So berichtet Oberbayern von 133, Niederbayern von 178, Franken von 45, Baden von 52, Oberrhein von 49, Niederrhein von 9, Hessen-Offenbach von 90 und Hessen-Nassau von 129 öffentlichen Kundgebungen. Auch nördlich des Mains sind gute Versammlungszahlen zu verzeichnen: Östliches Westfalen veranstaltete in einer Woche 80 Volksversammlungen, Halle in 3 Monaten 403, Brandenburg in 2 Wochen 168, Ostsachsen in 4 Wochen 123. Selbst die mit besonderen Schwierigkeiten kämpfenden Bezirke Ostpreussen, Pommern und Oberschlesien brachten es auf 31, 62 und 131 öffentliche Veranstaltungen. Und das alles trotz der in die Berichtszeit fallenden Osterwoche!

Diese Zahlen lassen nur ungenügend die ungeheure Kleinarbeit erkennen, die von jedem Mitglied geleistet werden muss, ehe Versammlungsbesuche zu erreichen sind wie beispielsweise in Köslin mit über 600 Besuchern, Löbau mit 1600, Finsterwalde/L. mit über 1500, Wöllstein (Kreis Alzey) mit 1100, Ratingen mit 1300 bei 16 000 Einwohnern, Mayen (Koblenz) mit 850, Günzburg (Schwaben) mit über 3000 Versammlungsteilnehmern. Aber diese zähe "Kleinarbeit" wird geleistet, weil jeder der an dieser gewiss nicht leichten Versammlungs- und Aufklärungsschlacht Beteiligten weiss, dass durch seine unermüdliche Arbeit dem deutschen Faschismus die tiefsten Wunden geschlagen werden.

(Schluss des politischen Teils. - Auf wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Aus aller Welt

Berliner Frühlingsbilderbogen.

Laue Lüfte mit Lärm - Grinzing in Werder - Festzeit der Kinder - Der Zug "ins Grüne" - Das Lied vom Unterschied.

SPD. Man sagt, dass Berlin seinen Frühling für sich habe, dass es einen Berliner Frühling gibt, wie es auch eine Berliner Luft, ein Berliner Nachtleben gibt. Sicher ist - der Frühling in Berlin sieht anders aus als der in Hamburg oder Kötschenbroda - aber Frühling bleibt Frühling: nur dass in Berlin alles ein wenig lauter und betriebsamer und selbstbewusster zu geschehen pflegt, dass der Berliner Lärm braucht und die Superlative liebt - das ist das Kennzeichen des echten Berliner Frühlings. Und er beginnt auch nicht pünktlich am 21. März, sondern vielmehr mit jenem Tage, an dem ein findiger Konjunkturist den Bratrost der winterlichen Wurstbraterei aus dem Fenster nimmt und die Eismaschine mit dem vielfarbigen Schwungrad an seine Stelle setzt.

Aber von der ersten Eisdiele bis zur Eröffnung des Lunaparks, der Berliner Stätte sommerlicher Freuden, und der vielgerühmten Baumblüte in Werder, deren Bedeutung für empfindsame Naturen unzählige Lieder in aller Welt verkünden - der Lokalpatriotismus der Berliner Zeitungen nennt Werder das Berliner "Grinzing" - ist noch ein weiter Weg, der an allen Stationen des Berliner Frühlings vorbeiführt. Zuerst vollbringt die Sonne ihr Wunder. Sie überschüttet den Menschenkessel Berlin, das unendlich grosse Berlin mit seinem Brodeln und Lärmen, Rumoren und seinen 4½ Millionen mit ihrer strahlenden Wärme. Das Leben, das sich so lange in den Häusern verkroch, kehrt wieder ins Freie zurück. Die Arbeitslosen kommen aus den Wärmehallen und sitzen in der Sonne. Sie haben den Winter am härtesten gespürt, nun blinzeln sie mit den Augen ins Helle; dösen vor sich hin und haben mit einem Male wieder Hoffnung. Dabei sehen sie auf das laute springlebende Leben, das um sie in der Sonne trudelt. Den ganzen Winter standen die Plätze leer, aber nun lärmt und schreit, lacht und weint, buddelt und krabbelte es wieder im feuchten Sand, dem Spielparadies aller Grosstadtkinder in Berlin N und O. Frühling der Proletarierkinder. Da heisst ein Sandkasten mit ein paar mageren Bäumchen schon Heimat.

Aber wenn im Osten und Norden der Stadt blasse Kinderscharen nach einem Winter der Not und Entbehrungen auf hundert kleinen Spielplätzen, um die drohend graue Fronten der Mietskasernen starren, aufatmen und ihren Frühling kommen und gehen sehen, beginnt im Westen mit seinen hellen, lichten Strassen und Villenvororten die Frühjahrssaison. Vom Tiergarten bis zum Grunewald öffnen die rotweissen Tennisplätze ihre Pforten, laufen die Schermaschinen über den jungen Rasen der Golfplätze, beginnen die Promenaden im Zoo, traben durch den grünenden Tiergarten die Kavalkaden der Herrenreiter. Wo noch vor wenigen Wochen die Schlittschuhläufer auf spiegelndem Eis beim Klang der Lautsprecher ihre Kreise zogen, strahlt jetzt weisser Tennisdress, treffen sich die Damen der Gesellschaft, berühmte Tennisspieler, Männer mit anerkannten und beneideten Namen. Hier wird der Frühling zum gesellschaftlichen Ereignis. In langen Reihen halten die bunten Cabriolets, die Luxuslimousinen. Das ist ein anderer Frühling, der die Sonne grosszügiger scheinen lässt als in den engen Höfen der Mietskasernen. Und wenn vielleicht am Nachmittag die Arbeiter von den Neubauten in der Nähe müde und abgeschuftet vorüber kommen, dann bleibt wohl einer, von dem bunten Bilde angezogen, stehen und fühlt, dass auch der Frühling seine Gaben nicht gleichmässig unter alle Menschen verteilt. Aber erst, wenn das Orchester

der Natur voll einsetzt, wenn in den Strassen die Budelei zum Schrecken aller wieder ihren Anfang nimmt, dann beginnt auch der Frühling der grossen Massen: jeden Tag sind die Bäume ein wenig grüner, im Tiergarten beleben sich abends Wege und Bänke, es flüstert, lacht und singt im Dunkel. Von den "Zelten", wo die Berliner schon seit hundert Jahren hinwandern, von den Kaffeegärten mit Freikonzert kommt Musik, und der Mond schwebt sanft und gelb über dem Ganzen. Er kennt seine Berliner, den Tiergarten mit seinen Ecken und Winkeln; den kleinen Teichen, auf denen Pärchen rudern, in den Frühling hinein und in die Liebe. Und in Pankow oder auf der Landsberger Allee, in Neukölln oder auf der Müllerstrasse erwachen die Rummelplätze, die so fantastische Namen tragen. Die Riesentrödel und die Luftschaukeln und Karussells setzen sich mit Lärm und Musik in Bewegung und das bengalische Licht strahlt mit mattem Glanz an den grauen Wänden der Mietskasernen wider.

Und am Sonntag: Cladow, Grünau und Pichelsdorf. Rings um Berlin ist es lebendig geworden. Die Sehnsucht des Berliners nach der Natur, nach Wald und Wasser wird stark und unbezwinglich. Er feiert Wiedersehen mit ihr im Wochenendhaus, in der Laubenkolonie. Die Liebe zur Scholle lässt ihn die Hemdsärmel aufkrepeln und zu Hacke und spaten greifen. Und während in weiter Runde Grammophon und Lautsprecher in den Sonntagmorgen hineindröhnen und in der Nähe die Stadtbahn vorüberdonnert, sät und pflanzt er, sich und den Seinen zum Wohle. Und wenn es den einen zur mütterlichen Erde zieht, so sucht der andere seinen Frühling auf dem Wasser: Wannsee und Tegelort - Grünau und Müggelsee. Die weissen Segelboote leuchten wieder in der Sonne, Motorboote brummen fröhlich mit vollen Lungen; kleine Dampfer bahnen sich tutend ihren Weg durch den Schwarm der Paddelboote, auf denen der seetüchtige Berliner seine Gewässer, an deren Strände heitere Kaffeegärten mit düsteren Kieferwäldern abwechselnd durchkreuzt. Und auf den Strassen knattern die Autos und Motorräder, die Ungetüme der Ausflugsomnibusse, die Strassenbahnen und Dampfer schaffen Hunderttausende ins Freie. Ausflüglerheere mit Stullenpaketen und fröhlichen Herzen wallen durch den Grunewald. Der Boden bedeckt sich mit lagernden Menschen, Sardienbüchsen, Eierschalen und Stullenpapier, denn also pflegt der Mensch der Natur sein Zeichen aufzudrücken. Onkel Toms Hüttel - Schildhorn - man geniesst seinen kurzen Sonntagsfrühling, pumpt die Lungen voll frischer Luft, denn wenn die Sonne blutigrot in den Wipfeln des Grunewalds versinkt, winken wieder Büroschemel und Drehbank, Maschinensaal und die kleine Stube im vierten Stock.

Wenn aber allenthalben die Strassen wieder hell und blank sind, die Bäume in den Mai hineinduften, die Hofsänger ihr Frühlingsrepertoire heruntersingend und strassenauf der Ruf "Blumenerde" ertönt; kurz, wenn der Mai mit hundert Hoffnungen in jedes Gemüt einkehrt, dann ziehen eines Sonntags die Berliner Völker hinaus nach Werder in die Baumblüte. Zwischen den heiteren Blüten dieses märkischen Städtchens, dessen Namen schon Generationen in Liebe nennen, feiert der Berliner die Auferstehung bei vielgerühmtem und gelästertem Obstwein. Und wenn er dann, berauscht vom Frühling, Wein und Blüten, dem heiteren Dreigestirn, am Abend nach Hause fährt, in den grauen Alltag zurück, und Berlin wieder wie eine rote Lichtwolke am Horizont steht, dann weiss er, dass vom Grunewald bis Müggelsee, von Britz bis Pankow der Frühling eingekehrt ist.

-g-

+ + +  
Verhafteter "Inflationskönig". In der Tschechoslowakei wurde der fröhliche Multimillionär und Grosskaufmann Alfred Gittler verhaftet, der in seiner Heimatstadt Breslau den Namen "Inflationskönig" trägt. Nachdem das ungeheure Vermögen Gittlers infolge grosser Spekulationsverluste zusammen gebrochen war, machte sich der Kaufmann Veruntreuungen von Hunderttausenden von Mark schuldig, weshalb er von mehreren deutschen Gerichten steckbrieflich gesucht wurde. Das Auslieferungsverfahren ist eingeleitet.

+ + +

Courtauld aufgefunden. Der seit längerer Zeit in Grönland vermisste englische Forscher Courtauld ist jetzt aufgefunden worden. Courtauld, der mit der Schlittenexpedition Watkins heimkehren wird, hat den Winter bei einer Durchschnittstemperatur von 40 Grad Kälte in einer Schneehütte verbracht.

Aufregende Verbrecherschlacht. In New York kam es zwischen dem 22jährigen Schwerverbrecher Crowley, seinem Komplizen Durringer, genannt "Big Rudy" und zwischen Beamten der Polizei zu einem schweren Feuergefecht. Nach einstündiger Dauer wurden die seit langem gesuchten Verbrecher, die als zwei der kaltblütigsten Mörder der New Yorker Unterwelt gelten, zur Strecke gebracht. Die Wohnung, die die Gesuchten in einem Hause der 90. Strasse seit einigen Tagen gemietet hatten, wurde durch Detektive entdeckt. Als Polizisten das Haus umzingelt hatten und an der Wohnungstür schellten, antworteten die Banditen mit mehreren Revolverschüssen. Daraufhin holte die Polizei etwa 300 Mann Verstärkung herbei, stellte auf den Dächern der Nachbarhäuser Maschinengewehre auf und begann mit Tränengasbomben und mehr als 1 000 Schüssen einen Generalangriff auf die hartnäckigen Banditen, die sich jedoch erst ergaben, als sie die letzte Kugel verschossen hatten. Crowley war von drei Schüssen verwundet, Durringer unverletzt. Die Verbrecher, denen der elektrische Stuhl sicher ist, gaben die ihnen zur Last gelegten Mordtaten zu.

Die Motive des Briefträgermörders. Der in Genua verhaftete Berliner Geldbriefträgermörder Reins hat den dort eingetroffenen Beamten der Berliner Kriminalpolizei sein Geständnis bestätigt. Jahrelanges Elend seiner Familie will ihn zur Tat getrieben haben. Die Frage, ob, wie weit und von welchem Zeitpunkt an die gleichfalls verhafteten Schwestern des Reins Mitwisserrinnen der Tat waren, ist noch nicht geklärt. Als Reins, der immer wieder behauptet, dass er die Absicht gehabt habe, den Briefträger nur zu betäuben, und dass er seine Tat tief bereue, Selbstmordabsichten äusserte, wurde ein strenger Ueberwachungsdienst angeordnet. Die Auslieferung der Geschwister Reins nach Deutschland wird in etwa 6 - 8 Wochen erfolgen können.

Opfer des Unwetters. Das Hochwasser hat in Süddeutschland mehrere Todesopfer gefordert. In Hösbach bei Aschaffenburg stürzte eine Brücke ein, auf der zahlreiche Leute standen, um das Schauspiel der riessenden Wassermassen zu beobachten. Ein 60jähriger und ein 20jähriger Mann sowie zwei Kinder im Alter von 9 und 4 Jahren ertranken. In Untertürkheim kam ein 30jähriger Arbeiter vor den Augen seiner Frau beim Treibholzfischen ums Leben. Bei derselben Beschäftigung verunglückte in Feuerbach ein 16jähriger Bursche tödlich. - Der langanhaltende und zum Teil wolkenbruchartige Regen verursachte grosse Störungen im Eisenbahnverkehr. Auf dem Main musste die Personenschiffahrt eingestellt werden. Bei Hanau ist das Maintal kilometerbreit ein einziger grosser See. Auch der Flugplatz Baden-Oos steht völlig unter Wasser und ist für den Flugverkehr gesperrt. Aus Bayern werden insbesondere Gewitterschäden gemeldet.

Beringaria aufgelaufen! Das drittgrösste Schiff der Welt, der amerikanische Cunard-Dampfer "Beringaria" (der frühere deutsche Dampfer "Imperator") ist bei der Einfahrt im New Yorker Hafen aufgelaufen.

Verurteilte Raubmörder. Vom Schwurgericht Kiel wurde der 50jährige Schlächter Kasten wegen schweren Raubes mit Todeserfolg zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, der 26jährige Maschinenschlosser Preiss wegen des gleichen Verbrechens zu 12 Jahren Zuchthaus. Die Angeklagten hatten im September 1930 bei Grebin einen 64 Jahre alten Kaufmann ermordet und beraubt.

# Gewerkschaftliche Rundschau

Die neuen Arbeitslosenziffern.

-----  
Normale Saisonentlastung - kein konjunkturelles Besserungszeichen.

SPD. Der Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über die Entwicklung der Arbeitsmarktlage in der zweiten Aprilhälfte gibt folgenden Tatbestand: Die Zahl der Arbeitslosen ist um fast 240 000, die der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung um rund 216 000 zurückgegangen; in der Krisenfürsorge ist noch ein leichtes Ansteigen um rund 12 000 zu verzeichnen. Nach den vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter wurden Ende April in der Arbeitslosenversicherung rund 1 888 000 Hauptunterstützungsempfänger gezählt, womit gegenüber dem diesjährigen Höchstpunkt Mitte Februar ein Rückgang um über 700 000 eingetreten ist. Die Ueberlagerung gegenüber dem Vorjahr beträgt in der Arbeitslosenversicherung nur noch 125 000. Die Krisenfürsorge ist noch mit rund 902 000 Hauptunterstützungsempfängern belastet. Der von den Arbeitsämtern gezählte Bestand an Arbeitslosen betrug Ende April rund 4 389 000 gegenüber einer Zahl von rund 4 628 000 Mitte April.

Von je 100 Arbeitslosen wurden Ende März - die Zahlen für Ende April stehen noch nicht fest - 88,1 unterstützt. Von der Gesamtzahl der Unterstützten entfielen auf die Arbeitslosenversicherung 55,4%, auf die Krisenfürsorge 22,1%, auf die öffentliche Fürsorge 22,5%.

An der Besserung der Arbeitsmarktlage haben alle Bezirke, wenn auch in verschiedenem Masse teilgenommen. Besonders günstig war die Entwicklung in den ausgesprochen landwirtschaftlichen Bezirken der Landesarbeitsämter Ostpreussen und Pommern, ferner in Schlesien, Bayern und Südwestdeutschland; hinter dem Reichsdurchschnitt zurück blieben die Bezirke Nordmark, Rheinland, Sachsen und Westfalen.

Die Saisonaussengewerbe haben etwa zwei Drittel der während der Berichtszeit wieder in Beschäftigung gelangten Arbeitskräfte aufgenommen. Für die Landwirtschaft wurden grössere Vermittlungen erzielt; darunter befinden sich auch einheimische Wanderarbeiter sowie Jugendliche aus dem westlichen Industriegebiet und aus den Grosstädten. Die Arbeiten für die Frühjahrsbestellung gehen jedoch zum Teil zuende. In den Baustoffindustrien hat der Beschäftigungsgrad sich weiter gebessert, vor allem in den Steinbrüchen, schwächer bei den Zementwerken und Ziegeleien. Auch im Baugewerbe hat sich die Belebung des Arbeitsmarktes in nicht unerheblichem Umfang fortgesetzt. Im allgemeinen ist jedoch nicht, damit zu rechnen, dass die Bautätigkeit den Umfang des Vorjahres wieder erreichen wird.

So weit der amtliche Bericht. Er zeigt, dass wir es mit einer reinen Saisonentlastung zu tun haben. Von irgendeiner Belebung der Konjunkturgruppe ist keine Rede. Die Entlastung ist im grossen und ganzen als normal zu betrachten. Sie steht jedoch gegenüber einem völlig anormalen Hochstand der Gesamtarbeitslosigkeit. Das Gesamtarbeitslosenniveau liegt in diesem Jahr ungeheuer viel höher als in den Vorjahren. Trotzdem braucht man sich nicht einem hoffnungslosen Pessimismus hinzugeben, wie er von manchen Seiten noch künstlich verstärkt wird. Es ist nicht so, wie nach der Veröffentlichung des letzten amtlichen Berichts vielfach vermutet und befürchtet wurde, dass nur ein Rückgang der Arbeitslosen in der Versicherung infolge Aussteuerung, aber kein wirklicher Rückgang der Arbeitslosenziffer vorliege. Wie aus den neuen Ziffern her-

vorgeht, sind auch Wohlfahrtserwerbslose wieder in Arbeit gekommen. Jedenfalls steht fest, dass der Gesamtrückgang der Arbeitslosigkeit vom Höchstpunkt im Winter bis zum 1. Mai in diesem Jahr um 100 000 grösser ist als im Vorjahr.

Eine Panikstimmung ist deshalb ansolut unberechtigt. Die Arbeitslosenversicherung hat im Hinblick auf die Arbeitsmarktlage keineswegs den Boden unter den Füßen verloren, trotz ihrer Finanzschwierigkeiten. Das Gerede, sie stehe am Rande des Abgrunds, ist sinnlos, da man doch gewiss nicht für dieses Jahr günstiger kalkuliert hat als für das vergangene. Die Panikmache hat nur den Zweck, unter dem Druck der gegenwärtigen Finanzschwierigkeiten die Höhe der Arbeitslosenunterstützung auf der ganzen Linie mit einem Schlag kräftig abzubauen. Der amtliche Arbeitsmarktbericht gibt dazu keine Veranlassung.

SPD. In Frankfurt a.M. sind bei den Betriebsrätewahlen in diesem Jahr die Feinde der freien Gewerkschaften böse heimgesucht worden. Wie fest die Betriebe in der Hand der freien Gewerkschaften sind, zeigt eine zusammenfassende Aufstellung über die Betriebsrätewahlen in Frankfurt. Aus 323 Betrieben mit 40 490 Beschäftigten liegen nunmehr die Ergebnisse der Betriebsrätewahlen vor. Nur Maler, Bauarbeiter, Post und Reichsbahn haben die Wahlen noch nicht abgeschlossen.

Insgesamt wurden in Frankfurt 1 255 Arbeiterratsmitglieder gewählt, davon gehören 1 174, das sind rund 93 Prozent, den freien Gewerkschaften an, 22 den christlichen Gewerkschaften, 9 den Hirsch-Dunckerschen, 24 bekennen sich als Anhänger der RGO (das sind 1,99 Prozent); 4 gehören sonstigen Richtungen an; darunter sind drei Nationalsozialisten. 17 Arbeiterratsmitglieder sind unorganisiert. Es gehören also von der Gesamtzahl der gewählten Arbeiterratsmitglieder nur 6,45 Prozent nicht zu den freien Gewerkschaften.

In der Metallindustrie sind 338 Arbeiterratsmitglieder gewählt. Davon gehören 327 dem Deutschen Metallarbeiter-Verband an und ganze 4, das sind 1,18 Prozent, bekennen sich zur RGO. Von 71 Metallbetrieben liegen Resultate vor; nur in zwei Betrieben sind in der gesamten Frankfurter Metallindustrie RGO-Listen aufgestellt worden. Listen der RGO sind überhaupt nur in zehn Frankfurter Betrieben eingereicht worden, das sind 3,9 Prozent aller Betriebe.

In den Frankfurter Betrieben ist also der Einfluss der freien Gewerkschaften überragend und vollkommen unerschüttert. Das ganze Geschrei der kommunistischen Presse über den Vormarsch der RGO in den Betrieben erweist sich von Tag zu Tag ganz allgemein als gross angelegter Schwindel, der durch ständige Wiederholung eine Stärke in den Betrieben vortäuschen soll, die absolut nicht vorhanden ist.

SPD. Der BVC-Prozess vor dem Landesarbeitsgericht Berlin kam am Freitag zum Abschluss. Die Riesenschadenersatzklage der Nazis gegen die Berliner Verkehrsgesellschaft und gegen zwei sozialdemokratische Betriebsratsmitglieder endete abermals mit einem Misserfolg. Die Behauptungen der Kläger, sie seien aus politischen Gründen entlassen worden und ihr Einspruch sei vom Betriebsratsvorsitzenden nicht ordnungsgemäss geprüft worden, ist in langwierigen Verhandlungen genau nachgeprüft worden. Seit den Verhandlungen vor der I. Instanz waren bereits 30 Nazis von der Klage zurückgetreten; etwa 20 liessen sich gar nicht vertreten, gegen die Abwesenden erging ein Versäumnisurteil, und die anderen wurden mit ihrer Schadenersatzforderung von 323 200 Mark abgewiesen, weil auch die neuen Zeugenvernehmungen ergeben haben, dass die Personaldezernenten und der Vorstand der Gesellschaft bei den Entlassungen sich keineswegs von politischen Motiven leiten liessen.

Den Nazis wurde im übrigen vom Gericht bescheinigt, dass ihre Betriebszelle nicht als wirtschaftliche Vereinigung im Sinne einer Gewerkschaft anzusehen ist. Die Reichsverfassung, auf die sich berufen, schützt nur vor Massregelungen wegen Zugehörigkeit zu einer wirtschaftlichen Vereinigung, besagt aber nichts über Nachteile, die einem Arbeitnehmer eventuell erwachsen, wenn er sich weigert, einer bestimmten Gewerkschaft beizutreten.

Die Kosten für die gross aufgezugene Aktion der Nazis muss der Staat bezahlen, da die Gerichtskosten von den Klägern nicht zu bekommen sind. Aber wir haben's ja!

SPD. Die Erhöhung des Brotpreises hat in der Öffentlichkeit die Frage der Aufhebung des Nachtbackverbotes wieder aufgerollt. Die Interessentenkreise behaupten immer wieder, dass das Nachtbackverbot das Brot verteure. Besonders die Brotfabriken erklären, dass sie bei einer Dreischichtenarbeit das Brot wesentlich billiger herstellen könnten.

Wie der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter jetzt nachweist, treffen diese Behauptungen keineswegs zu. Das Brot wird noch zu 92 Prozent in Kleinbäckereien hergestellt. Die Gesamtproduktion an Backware betrug 1928 ca. 2,86 Milliarden Reichsmark. Am Gesamtumsatz sind Brotfabriken und Konsumvereine mit 312 Mill. Mark oder 11,6 Prozent beteiligt. Der Anteil der Betriebe, die für eine Dreischichtenarbeit in Betracht kommen, sind an dem Gesamtbackwarenumsatz nur mit 190 Millionen beteiligt und nur mit 4,3 Prozent an der Gross-Brotproduktion. Von den 600 Konsumbrotbäckereien und Brotfabriken kommen nur 81 Betriebe für das Dreischichtensystem in Frage. Alle anderen Betriebe beschäftigen weniger als 20 Personen, die bei dem heutigen technischen Stand notwendig sind, um rationell arbeiten zu können. Würde man durch das Dreischichtensystem die Belegschaft je Schicht noch mehr verringern, so würde ein grösserer Leerlauf eintreten, als heute durch die achtstündige Nachtruhe bedingt ist.

Auch von einer Verteuerung des Brotes durch das Nachtbackverbot kann keine Rede sein. Der Lohnanteil beträgt bei einem Brot nur 6-7 Prozent. Einschliesslich Brennstoffverbrauch, Kraft, Reparaturen, Miete und Zinsen betragen die Herstellungskosten insgesamt 15 Prozent des Brotpreises. Es entfallen also bei einem Durchschnittsbrotpreis von 38,8 Pfennig je kg Brot, wie er vor der Erhöhung bestand, insgesamt 5,84 Pfennig auf die Herstellungskosten. Damit ist die Behauptung völlig entkräftet, dass der Brotpreis durch die Aufhebung des Nachtbackverbotes um 4 - 7 Pfennig gesenkt werden kann.

In den Betrieben, die für Dreischichtenarbeit in Frage kommen, sind nur 4238 Personen beschäftigt. Es liegt aber auf der Hand, dass den Kleinbetrieben die Nachtarbeit nicht vorenthalten werden kann, wenn sie den Grossbetrieben zugestanden wird. Irgend eine Kontrolle der 100 000 Kleinbetriebe würde sich technisch gar nicht durchführen lassen, wenn diese sich das gleiche Recht wie die grossen Betriebe herausnehmen würden. Es ist daher klar, dass jede Lockerung des Nachtbackverbots, jedes besondere Zugeständnis an eine kleine Zahl von Betrieben das Nachtbackverbot in Gefahr bringt.

Gegen die Aufhebung und auch nur gegen die Gefährdung dieses Verbotes legt der Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter auf das schärfste Verwahrung ein; denn 250 000 Menschen würden durch die Aufhebung des Verbots dazu verurteilt, ständige Nachtarbeit leisten zu müssen.

SPD. Der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer hat gegen Nebenbeschäftigung städtischer Beamten eine scharfe Verfügung erlassen. Ebenso hat er den verheirateten Beamten nahegelegt, dafür zu sorgen, dass ihre Ehefrauen sobald als möglich aus dem Erwerbsleben ausscheiden.

## Weiter schwache Warenmärkte.

SPD. An den Warenmärkten der Welt hat sich die erwartete Frühjahrsbelebung nur in bescheidenem Mass bemerkbar gemacht. Eine Reihe der wichtigsten Märkte weist sogar neue, zum Teil recht erhebliche Preisrückgänge auf.

Dazu gehört Zink. Man kann nicht einmal sagen, dass an den Rückgängen der letzten Wochen neue Überlegungen im besonderen Masse beteiligt waren; denn mit dem Scheitern der Verhandlungen über die Zinkdrosselung war von vornherein zu rechnen. Aber trotzdem hat das Scheitern der Verhandlungen die Stimmung verderben. Das ist umsomehr der Fall, da die Anregung zu den diesmaligen Verhandlungen von einer der europäischen Gruppen ausgegangen war, die sich in früherer ähnlichen Fällen gegen Einschränkungen, Preisvereinbarungen und dergleichen gesperrt hatte, nämlich von der französischen Gruppe der Cie. Asturienne. Beim Blei und Zinn kann man lediglich feststellen, dass die Verabredungen über Produktionseinschränkungen, die beim Zinn sogar durch Gesetze in den verschiedenen Ländern bekräftigt worden sind, ohne jede Wirkung auf den Markt blieben. Beim Kupfer ist die Zurückhaltung der europäischen Käufer grösser geworden. Sie wird noch dadurch verstärkt, dass die billigeren Angebote der amerikanischen Lohnhütten sich in der letzten Zeit wieder etwas mehr bemerkbar machen. Man kann nicht sagen, dass die Mengen besonders gross waren. Aber sie verderben den Markt in Amerika und lassen die schlechtere Behandlung der europäischen Verarbeiter durch das internationale Kupferkartell immer deutlicher werden.

Sehr ungünstig hat sich auch der Markt für Kautschuk entwickelt. Hier haben die Holländer - bis vor kurzem auf allen Gebieten die schärfsten Gegner jeder internationalen Vereinbarung - einen Ausschuss nach London geschickt, um mit den Engländern über die Möglichkeit gemeinsamer Zapfeinschränkungen in Ostasien zu verhandeln. Die Verhandlungen mussten vor kurzem abgebrochen werden. Das wirkte umso drückender auf den Markt, da die gleichzeitig bekannt werdenden Verschiffungsziffern Ostasiens ziemlich klar erkennen lassen, dass trotz des niedrigen Gummipreises die Erzeugung im ganzen nur unwesentlich zurückgeht. In der letzten Zeit beginnen einige der grossen Pflanzungsgesellschaften den Betrieb teilweise oder ganz einzustellen. Wie sich das auswirkt, wird wohl erst in Monaten erkennbar sein.

Vom Kaffeemarkt ist nicht viel zu berichten. Wenn die niedrigen Preise den Verbrauch allmählich etwas stärker anregen, so wirkt dem die Erkenntnis entgegen, dass die riesigen neuen Pflanzungen aus der Valorisationszeit eine immer stärkere Beschickung des Marktes während der nächsten Jahre so gut wie sicher machen. Die internationalen Vereinbarungen über Zucker sind zustande gekommen. Der Markt hat sie aber viel zu sehr in Preissteigerungen vorweg genommen, so dass die Folge des Anschlusses Glattstellungen und Rückgänge gewesen sind.

Vor kurzem haben wieder die grossen Londoner Wollversteigerungen begonnen. Nach der Marktentwicklung seit März rechnete man eigentlich mit ziemlich beträchtlichen Preisrückgängen. Aber tatsächlich stellt sich heraus, dass die Rückgänge recht klein sind und die Nachfrage bemerkenswert gut geblieben ist. Auf die inzwischen nicht unerheblich gesunkenen Preise für Kammzug und Garne hat das jedoch noch nicht gewirkt. Vom Baumwollmarkt sind wesentliche Veränderungen nicht zu berichten. In den amerikanischen Anbaubezirken ist das Wetter

gut und wenn auch die Düngerbezüge gering geblieben sind, so besagt das eigentlich nicht viel für die kommende Ernte. Der Markt richtet sich zur Zeit mehr danach, dass Zeichen von Belebung nur in ganz vereinzelter Verarbeitungsbezirken, z.B. in Deutschland, bemerkbar sind.

Vollig unklar ist die Lage noch immer in den Getreidemärkten. Das Herauskommen der lange zurückgehaltenen Nachfrage aus den europäischen Zuschussgebieten hat es allerdings dem nordamerikanischen Farmamt ermöglicht, einen beträchtlichen Teil der Getreideverräte abzustossen. Aber der Markt steht immer noch unter Druck der grossen Lager in Amerika und in Kanada. Ausserdem ist die Entwicklung des Saatenstandes in der nördlichen Erdhälfte im allgemeinen recht gut. Auch die eine Zeit lang als gefährdet angesehene argentinische Maisernte ist gesichert und in guter Beschaffenheit hereingekommen.

SPD. Die Viag Vereinigte Industrie=Unternehmungen A.G., in der sämtliche Reichsbetriebe zusammengefasst sind, wird für das am 31. März beendete Geschäftsjahr 1930/31 eine Dividende von 7 gegen 8 % auf das Kapital von 142,1 Mill. ausschütten. Die Zinseinnahmen sind sogar noch von 16 auf 18,2 Mill. Mark gestiegen, jedoch werden in der Gewinnrechnung nur 14,6 Mill. ausgewiesen, da 3,6 Mill. vorweg vom Gewinn zur Störkung der inneren Reserven abgeschrieben wurden.

Der Geschäftsbericht bringt nach den schon bekannten Einzelabschlüssen der Reichsunternehmungen im wesentlichen nichts Neues. Es wird darauf hingewiesen, dass die Krise sich besonders bei den Eisen= und Maschinenbetrieben der Deutsche Industrie=Werke A.G. auswirkt, die nach ihrem Verlustabschluss vom 30. September 1930 auch im laufenden Jahr weiter mit Verlust gearbeitet hat. Die Ilse der Hütte, deren Abschluss für 1930 noch nicht vorliegt, wird infolge ungenügender Absatzverhältnisse keine Dividende ausschütten. Im vorhergehenden Jahr zahlte die Gesellschaft 6 % Dividende. — Die Generalversammlung beschloss, das Aktienkapital um 20 Millionen heraufzusetzen, die zu einem Kurse von 140 Prozent vom Reichsfinanzministerium als alleinigem Aktionär übernommen werden.

SPD. Aus dem Jahresbericht des Vereins für bergbaulichen Interessen in Essen geht hervor, dass die Kohlenförderung an der Ruhr gegenüber 1929 um 13,28 %, die Kokserzeugung um 18,7 % gesunken ist. Weitaus stärker ging die Belegschaft zurück, die sich bei einem Abbau von rund 93 000 Arbeitern um fast 24,5 % verringert hat. Im Berichtsjahr wurden weitere 7 Zechen, deren Förderung 3 Millionen Tonnen Kohle ausmachte, stillgelegt, nachdem in der Zeit von 1920 bis 1929 bereits 98 Zechen stillgelegt worden sind. Die Schichtleistungen, der Förderanteil je Mann und Schicht, sind bei den Untertagearbeitern im Berichtsjahr weiterhin von 136,5 auf 154,8 % gegenüber 1913 gestiegen. Die Neubautätigkeit in der Koksproduktion hat dazu geführt, dass insgesamt noch 181 neue Koksöfen mit einer Jahresleistung von 1,2 Millionen Tonnen gebaut wurden. Damit können die Nationalisierungsmassnahmen und die Investitionen auf dem Gebiet der Koksproduktion vorläufig als abgeschlossen gelten.

## Woche der Enttäuschungen.

(Börsenbericht für die Woche vom 4. bis 9. Mai)

SPD. Berlin, den 9. Mai 1931

Die Woche vor und die nach dem April-Ultimo haben der Börse einen von ihr unerwarteten "Preisabbau" gebracht. So respektabel die Dreimonatshausse des Jahres 1931 war, so beachtlich sind die Abschlüge, die innerhalb von fünf bis sechs Wochen gegenüber den höchsten Kursen eingetreten sind. Darin drückt sich weit mehr als die Enttäuschung aus, dass die wirtschaftliche Entwicklung nicht dem Haussetempo der Börse in gewünschter Weise gefolgt ist, dass im Gegenteil der Besserung der Börse mindestens in wichtigen Wirtschaftszweigen, wie dem Bergbau und der Eisenindustrie, eine neue beträchtliche Verschlechterung gegenübersteht. Auch das Versagen des Baumarktes kann daran nicht schuld sein, denn dass es an Kapital fehlt, ist keine neue Erkenntnis. Der vom Verdienststreben der Banken getragene Haussewille hätte denn vielleicht auch noch weitere positive Erfolge erzielt, wenn nicht von draussen her der Umschwung eingeleitet worden wäre, von Amerika!

An New Yorks Börse ist einem freundlicheren Jahresanfang - etwa wie bei uns, nur bei weitem nicht so stark - eine Baisse gefolgt, die Rekordtiefkurse mit sich gebracht hat. Alle Börsen der Welt haben darauf reagiert, nur Berlins Börse, die notorisch ärmste aller internationalen Börsen, glaubte, sich von diesem Einfluss freihalten zu können. Den Amerikanern war dieser Haussewille nicht unwillkommen. Je höher unsere Banken mit allen möglichen künstlichen Mitteln die deutschen Kurse hielten, desto leichter konnten sich die amerikanischen Spekulanten durch Verkäufe in Deutschland aus ihrer finanziellen Klemme zu befreien suchen. Was das bedeutet, zeigt wohl am besten der Fall eines unlängst in Schwierigkeiten geratenen amerikanischen Investmenttrusts, also eines der in den letzten Jahren geschaffenen grossen Aktiensammelstellen, der unter vielem anderem über mehr als eine halbe Million Reichsmark nominal Aktien der DD-Bank verfügte. Wenn solche Pakete herauskommen, glaubt man dann, dass das ohne Einfluss auf unsere Kurse bleiben kann? Man glaubte es in der Tat. Heute weiss man, dass es ein Irrglaube war. Aber, was schadet es schon? Die Reingefallenen sind das Publikum, das man in den letzten Monaten und Wochen mit allen Mitteln wieder in die Börse hineingehetzt hatte, obwohl alle wirtschaftlichen Grundlagen für einen wirklichen Aufschwung der Wirtschaft fehlen, obwohl die grosse Mehrzahl aller Aktien nach menschlichem Ermessen in 1931 dividendenlos bleiben wird. Kommt es wieder zu einem bösen Ende, dann ist es an der Zeit, einmal die Frage zu prüfen, ob und inwieweit man den Börsen ihren "Selbstverwaltungscharakter" lassen soll und darf. Wir können uns jedenfalls nicht den Luxus leisten, dass eine unverantwortliche Spekulation mit den letzten Spargroschen des Volkes ihr Spiel treibt

Was allein die letzte Woche an Kursverlusten gebracht hat, zeigen typisch die Bewegungen einiger Standardwerte der Börse an. Trotz unveränderter Dividendenzahlung mussten die Aktien der I.G. Farbenindustrie von 147,75 bis 142,75% heruntergehen, nachdem sie vor wenigen Wochen noch weit über 150% gestanden hatten. Siemensaktien sanken von 166,5 auf 159,5% nach einem Höchstkurs von knapp unter 170%. Salzdetfurth, obwohl von dem Traum des gewinnreichen deutschen Erdöls umgeben, mussten sich in wenigen Tagen einen Rückgang von 225 auf 214,5% gefallen lassen. Selbst an sich schon sehr niedrig stehende Aktien, wie die des Montanmarktes, erfuhren erneut sehr beachtliche Korrekturen nach unten. Rheinstahlwerke gingen von 79,25 auf 71,75%, Vereinigte Stahlwerke von 54 auf 50% herunter. Auch die Grossbankanteile blieben nicht verschont, wie vor allem die Abschwächung der Commerz- und Privatbankaktien von 109,25 auf 106,5% erkennen lässt.

Dazu kommen nun die schweren Verluste sogenannter "Nebenwerte" der Börse, die aber im Wirtschaftsleben eine nicht minder grosse Rolle spielen. Kein

Wunder z.B., dass inmitten einer Arbeitslosenziffer in der Welt von rund 20 Millionen Menschen die Schallplatten-Industrie schwere Rückschläge erlitten hat, die zu einem Kursrückgang der Polyphonaktien in kurzer Zeit von 170 auf 140% geführt haben. Nicht weniger verständlich ist, dass der stark rückläufige Bierabsatz dazu führte, den Schultheiss-Kurs von 153,5 auf 148% herabzudrücken. Nichts anderes auch wie schwindende Konsumkraft dank immer weiterer Belegschaftsabbauten hatte zur Folge, dass z.B. die Karstadtaktien von 56,75 bis auf 45,5% sanken.

Die einzige Aktienkategorie, bei der es überhaupt an jeder sachlichen Begründung fehlt, lag jedoch relativ fest: Kunstseidenaktien. Die Rückgänge von 3 bis 5 Punkten in der letzten Woche besagen nichts im Vergleich zu der vorangegangenen Steigerung um 40 bis 50 Punkten, die dank aller möglichen Tricks und trotz immer neuer Verlustabschlüsse dieser Gesellschaften von tüchtigen Spekulanten erzwungen worden waren. Und dann wundert man sich über die fehlende Kauflust der wenigen noch vorhandenen Spekulationsbesitzer?

SPD. Die Grosseinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg veröffentlicht jetzt ihren Geschäftsbericht für das Jahr 1930. Angesichts der ausserordentlichen Schwere der Wirtschaftskrise im vergangenen Jahr kann die Entwicklung bei der GEG noch als sehr erfreulich bezeichnet werden. So verringerte sich der Gesamtumsatz von 501,3 auf 495,2 Mill. Mark, also nur um 1,22%. Der Gesamtumsatz von 1930 liegt damit immer noch um fast 12% über den Umsätzen des Jahres 1928. Der kleine Rückgang im letzten Jahr fällt weniger ins Gewicht, wenn die leider nicht unerheblichen Umsatzrückgänge bei einem Teil der Konsumvereine zum Vergleich herangezogen werden.

Der Umsatz der Produktionsbetriebe hat sich im letzten Jahr weiter gesteigert und stellte sich auf 27,79 gegen 24,7%. Dementsprechend hat sich der Handelsumsatz auf 72,2% des Gesamtumsatzes verringert. Der Anteil der Eigenproduktion stieg auf 137,6 Mill., was gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme um mehr als 11% bedeutet.

Die Eigenproduktion verteilt sich auf Lebens- und Genussmittel mit 103,3 Mill. (+13,08 Mill. Mark) auf Bedarfsartikel mit 29,1 Mill. (+1,07 Mill. Mark) und auf Textilwaren mit 5,19 Mill. (-0,42 Mill. Mark). Erfreulich ist bei dieser Entwicklung, dass auf den Kopf des Mitglieds der an die GEG angeschlossenen Konsumvereine der Verbrauch an GRG-Erzeugnissen von 39,09 auf 42,79 Mark gestiegen ist. Im gewissen Umfange waren natürlich auch die Produktionsbetriebe der GEG von der schlechten Konjunktur abhängig. Es gelang jedoch, den Belegschaftsstand einigermaßen auf der Höhe des Vorjahres zu halten, so dass die am Jahresschluss beschäftigte Belegschaft mit 5410 Personen nur einen Rückgang gegenüber 1929 um 250 Personen aufweist. Tatsächlich liegt nicht nur keine Verminderung, sondern sogar eine Vermehrung des Personals vor. Das falsche Bild ist dadurch entstanden, dass die Tabakfabriken am Jahresschluss vorübergehend statt 1765 Personen, die noch am 24. Dezember arbeiteten, am Jahresende nur 422 Personen beschäftigten. Die Gründe, die zu der vorübergehenden Schliessung der Tabakfabriken führten, liegen bei der neuen Tabaksteuererhöhung ab 1. Januar d. J. Inzwischen hat die GEG wesentlich früher als die Privatindustrie in gewissem Umfang die Produktion wieder aufnehmen und zur Wiedereinstellung eines Teiles der Arbeitskräfte schreiten können.

Bei den Spareinlagen ist naturgemäss, wie dies auch bei den Sparkassen allgemein festzustellen ist, der Zuwachs geringer geworden. So betrug der Spareinlagenbestand Ende 1930 bei den angeschlossenen Vereinen des Zentralverbandes 406 gegen 374 Mill. Mark. Der Zuwachs beträgt also 32 Millionen gegenüber 77 Mill. im vorhergehenden Jahr. An Gehältern und Löhnen wurden im Berichtsjahr 19,83 gegen 18,29 Mill. Mark im vorhergehenden Jahr ausgezahlt.

Unsicher und lustlos.

(Berliner Getreidebörse vom 8.Mai)

SPD. An der Berliner Produktenbörse herrschte am Freitag allgemeine Unsicherheit. Da man noch keinerlei Uebersicht hat, wie sich die neue Ordnung der Getreidewirtschaft auswirken wird, hielten sich sowohl Käufer wie Verkäufer sehr zurück. Obwohl das Angebot an promptem Weizen und Roggen in keiner Weise grösser geworden ist, konnten sich gleichwohl die Preise nicht behaupten, da es vollkommen an Unternehmungslust fehlte. Aber auch zu rückläufigen Preisen fanden keine Umsätze statt. Am Markte der Zeitgeschäfte machten sich Preisabschläge von etwa 1 bis 2 Mark bemerkbar. Auch im Mehlhandel konnte sich kein Geschäft entwickeln. Die Käufer warten auf die in Aussicht gestellten Preisrückgänge. Weizenmehl war mit 25 Pfennig in den Forderungen ermässigt, während für Roggenmehl die Forderungen der Mühlen unverändert lauten. In Hafer hat sich das Angebot etwas verstärkt, jedoch ist auch hier die Stimmung ruhiger geworden.

	<u>7.Mai</u>	<u>8.Mai</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	-	-
Roggen	194 - 196	193 - 195
Braugerste	-	-
Futter- und Industrierogerste	230 - 244	230 - 244
Hafer	197 - 201	197 - 201
Weizenmehl	33,75-39,75	33,75-39,75
Roggenmehl	26,75-28,50	26,75-28,50
Weizenkleie	14,25-14,50	14,25-14,50
Roggenkleie	14,75-15,00	14,75-15,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Mai 297½ und Geld, Juli 299-289½, September 250½ bis 251 Andienungsschein 7.5. Attest 6.5. Roggen Mai 200½, Juli 199 und Geld, September 190 Geld. Hafer Mai 205-206 Geld, Juli 208-209, September 181 - 181½.

-----  
Berliner Viehmarkt.

-----  
(8.Mai)

SPD. Amtliche Notierungen der Direktion für 1 Zentner Lebendgewicht in Mark: Kühe: a) 32-37 (voriger Markt 31-36), b) 26-31 (25-30), c) 22-25 (22-24), d) 18 - 21 (18 - 20), Kälber: a) - (-), b) 60-72 (65-77), c) 42-60 (45-63), d) 30-40 (30-40), Schweine: a) (über 300 Pfund) 46-47 (46-47), b) (240-300 Pfund) 46-47 (46-47), c) (200-240 Pfund) 45-46 (45-46), d) (160-200 Pfund) 42-44 (42-45), e) (120-160 Pfund) 40-41 (38-41), 38-41, f) (unter 120 Pfund) - (-), g) (Sauen) 42-43 (43).

-----  
SPD. Die Verhandlungen des Stahlwerksverbandes in Düsseldorf mit der Sowjetunion haben sich zerschlagen. Zwischen den russischen Angeboten und den Preisforderungen der deutschen Werke bestand eine derartig grosse Differenz, dass eine Einigung nicht zu erzielen war. Die deutschen Vertreter erklärten daher, dass sie unter diesen Bedingungen auf die russischen Lieferungen keinen Wert legen.

# Kunst und Wissen

U N T E R H A L T U N G S B E I L A G E D E S S + P + D

Berlin, den 8. Mai 1931.

Heini raucht Pfeife.<sup>x</sup>

SPD. Nebel hing tief und schwer über dem Hafen. Kaum die eigene Hand konnte man vor Augen sehen. Die Dampfer und Barkassen, die unterwegs waren, fuhren mit halber Kraft und gaben fortwährend Warnungssignale, um sich nicht gegenseitig zu rammen. Fährdampfer, die in der frühen Morgenstunde vollbesetzt mit Arbeitern waren, versuchten vergeblich ihr Ziel zu erreichen und irrten auf der Elbe umher. Wenn der Schiffer meinte, an Ort und Stelle zu sein, hatte er nur einen grossen Bogen gemacht und trieb wieder da, wo er abgefahren war.

In einem dieser Dampfer, der den Kurs nach Kuhwärder hatte, sass Heini Wittsnuut. Er war Ostern aus der Schule gekommen und nun auf dem Wege, um seine erste Beschäftigung als Arbeitsbursche auf der Werft anzutreten. Sein Traum war ja eigentlich die See gewesen, aber er hatte kein Schiff bekommen können, weil er nur ein Dreikäsehoch war und sich für handfeste Arbeit nicht eignete. Obwohl er bei seinen Freunden gewaltig renommiert und sich als künftigen Janmaaten aufgespielt hatte, war er nun doch froh, dass er bei Muttern bleiben konnte. Besonders aber, seitdem sein Onkel, der Matrose auf einem Hapagdampfer war, von dicken Tauenden und sonstigen "Annehmlichkeiten" eines Schiffsjungen erzählt hatte.

Nun sass Heini wohlgeborgen zwischen älteren Hafenarbeitern in der überfüllten Kajüte. Er fühlte sich durchaus als Erwachsener, und um dies nach aussen hin zu dokumentieren, holte er eine alte Pfeife, die sein Vater abgesetzt und nicht weit genug weggeworfen hatte, und den dazu gehörenden Tabak, ebenfalls von Vater requiriert, aus der Tasche. Nachdem er die Pfeife gestopft und in Brand gesetzt hatte, qualmte er wie ein alter Fahrersmann. Ein Schauerer Mann, der neben ihm sass, sah ihn gross an und sagte: "Hast Du die Hose auch gut zugebunden, Junge?" Alles lachte und richtete die Augen auf Heini. Der Junge wurde feuerrot und geriet im ersten Augenblick in grenzenlose Verlegenheit. Aber was gingen ihn schliesslich die Leute und der Schauerer Mann an, der doch nicht sein Vater war! Und um nun seine arg ins Wanken geratene "Männlichkeit" wieder zu festigen, antwortete er, den Brösel fachmännisch mit den Zähnen im rechten Mundwinkel haltend: "Ich kann die Pfeife vertragen. - Ueberhaupt", setzte er mit beleidigter Miene hinzu, "ich bin schon aus der Schule."

Es dauerte jedoch nicht allzu lange, als Heini einen Schluckauf bekam und das unangenehme, aber unwiderstehliche Bedürfnis verspürte, fortwährend auszuspucken. "Na, na", warnte der Schauerer Mann, "werf die Pfeife man ins Wasser! Rauchen ist nichts für Jungs."

"Och nee", prahlte Heini, "ich hab mich nur verschluckt."

Aber nach einer Weile steckte er die Pfeife doch weg, stand auf und schlängelte sich wie eine Eidechse ins Freie. Draussen standen die Fahrgäste auch dichtgedrängt, und Heini hatte das Gefühl, als wenn die Menschen ihn erdrückten. Nur schnell nach oben, wo der Schiffer am Steuerrade stand; dort hatte er sein Reich allein. Es war auch die höchste Zeit, denn er fühlte eine aufsteigende Hitze, und ihm wurde schwarz vor Augen, und als er lang auf der Bank lag, drehte sie sich mit ihm wie ein Kreisel; schneller - immer schneller -

Wer hatte vom Fährdampfer, vom Nebel und von einem rauchenden Jungen, der die Pfeife nicht vertragen konnte, gesprochen? Das musste ein Irrtum sein,

denn der wolkenlose Himmel blaute über dem glitzernden Meer, und Heini befand sich an Bord eines grossen Westindien-Dampfers, der fast geräuschlos die Wogen durchschnitt. Aber nicht als Schiffsjunge, beileibe nicht; ein schmucker, schlacker Steuermann war er. Einen blauen Anzug hatte er an mit blanken Ärmelstreifen, die wie Gold in der Sonne glänzten. Er stand mit dem Kapitän auf der Kommandobrücke und unterhielt sich mit ihm. "Wir werden in Kürze eine schwere Brise haben", sagte der Kapitän und machte Heini auf eine schwarze Wolke aufmerksam, die sich plötzlich am Himmel zeigte. "Das wird nicht so schlimm werden", meinte Heini. Aber der Kapitän behielt recht. Im Handumdrehen stürmte es, als sollte die Welt untergehen. Der Himmel war nun völlig bedeckt, und die aufgepeitschten Wogen spielten mit dem Schiff, als wäre es nur eine Nusschale. "Festhalten!" schrie der Kapitän. Doch ehe Heini seinen guten Rat befolgen konnte, lag er platt auf dem Rücken. - - -

"Na, bist Du von der Bank gefallen?" - Heini öffnete verwirrt die Augen. Was war das? Das war ja doch der grüne Fährdampfer, und der mit ihm gesprochen hatte - der Schiffer. Der Nebel war durchsichtiger geworden, und so hatte der Schiffer zuguterletzt den richtigen Ponton gefunden. Beim Anlegen hatte es einen Stoss gegeben, und davon war Heini von der Bank gepurzelt.

Ach, war das ein schöner Traum gewesen! Aber Heini hatte keine Zeit, ihm nachzuhängen, denn der Werktag rief, und der Dampfer hielt nur zum Aus- und Einsteigen.

"Willst Du wieder mit zurückfahren?" fragte der Schiffer und half Heini auf die Beine.

"Nee", sagte Heini, nahm Brotbeutel und Kaffeeflasche und ging, immer noch dusselig und von einem leichten Uebelsein geplagt, recht unsicher die Treppe hinunter.

Nein, rauchen wollte er nicht wieder; das war ihm zu schlecht bekommen. Um nicht wieder in Versuchung zu kommen, nahm er die Pfeife, als er auf dem Ponton stand, und warf sie in weitem Bogen in die Elbe.

"Was habe ich Dir gesagt?" meinte der Schaueremann, der in der Kajüte neben Heini gesessen und eben seinen rühmlichen Entschluss beobachtet hatte, "rauchen ist nichts für Jungs." Ernst Riediger (Hamburg).

-----  
Franz Dingelstedt.X  
-----

(Zu seinem 50. Todestag am 15. Mai.)

SPD. Franz Dingelstedt lebt in der Literaturgeschichte als "politischer Lyriker" fort, weil er im Jahre 1840 die "Lieder eines kosmopolitischen Nachtwächters" veröffentlichte; aber, genauer besehen, entstammten diese Lieder nicht seinem Bedürfnis, sondern dem Bedürfnis der Zeit; der deutsche Vormärz nahm ihn sich nur wie so viele andere Poeten kurzerhand zum Sprachrohr. So unerträglich war eben damals die Lage geworden, so widersinnig engten das Regime Metternichs und die deutsche Kleinstaaterei die aufstrebende Wirtschaft und das erwachende Bürgertum ein, dass der Groll gegen das Bestehende, der Drang nach Befreiung und Erlösung alles andere übertönte, dass die Dichtung in jeder Form, als Roman, Drama und Lied Zeitdichtung werden musste. Die Jungdeutschen mit Heine, Börne, Laube und Gutzkow, die Oesterreicher Grün, Lenau, Beck und Hartmann, die revolutionären Stürmer Freiligrath, Herwegh und Hoffmann von Fallersleben - es war ein einziger Chor des Widerspruchs, des Hohns und der Empörung, und der junge Dingelstedt konnte sich ihm einfach nicht entziehen, auch wenn ihn sein eigenes Wesen eigentlich nach ganz anderer Richtung lockte.

Denn das Allgemeine, die Not der Nation und des kleinen Mannes standen seinem Herzen von jung auf ziemlich fern. Was ihn beherrschte, das war die Lust, etwas zu gelten, seine glänzenden Fähigkeiten vor sich und der Welt

spielen zu lassen, Behagen, Wohlstand und Anerkennung zu geniessen. Dieser Drang trieb den fünfundzwanzigjährigen (geb. 1814) vom kleinen Gymnasiallehrerposten im heimischen Hessen zur Journalistik und später zu einer mit Ehren überhäuftem Theater- und Schriftstellerlaufbahn. Zunächst aber liess er ihn bei der politischen Lyrik landen, weil diese ihren Meistern damals allgemeinste Beachtung, Beifall und Führergeltung sicherte. Darum wird man in den "Liedern eines kosmopolitischen Nachtwächters" den echten Aufschrei der Liebe und des Hasses, der Begeisterung und Empörung vergebens suchen; sie sind vielmehr ganz auf Grazie, Witz und Laune, auf Verstand und Bewusstheit gestellt. Schon das Nachtwächterkostüm markiert Distanz; es sollte sozusagen nicht Dingelstedt selbst, sondern eine symbolisch-vildeutige Figur sein, die sich an den Machthabern daheim und draussen rieb, die Hessens kleinliche Zustände samt Serenissimuslaunen und Bürokratenhochmut verulkte, nationale und Klassenbemühungen des deutschen Bürgertums feierte und den Gegensatz zwischen Romantik und kapitalistischer Wirklichkeit gelegentlich in so köstlichen Strophen einfieng wie diesen :

Eure grossen schottischen Clans, sprich, leben sie noch,  
Die Namen voll Ruhm und Glanz ?  
Und führen nächtlich am klassischen Loch  
Die Jungfern vom See ihren Tanz ?

Aus dem grossen Clan ward ein kleiner Baron,  
Schwer genug auf unserm Genick;  
Die Jungfern vom See gehen auf Tagelohn  
In seine Wollstrumpffabrik.

Man sieht: Ein Heine im Taschenformat, der den revolutionären Wandel seiner Epoche zu Genrebildchen, den radikalen Umsturzwillen zu witzigtreffender Satire verniedlichte, und der den bösesten Pfeil gegen sich selber abschoss, als er zum Hohn auf alle Streber die folgenden Zeilen dichtete:

Ein guter Bürger willst du werden?  
Pfui, Freund! - Ein guter Bürger - du?  
Das also war dein Ziel auf Erden?  
Dem stürmten deine Lieder zu?  
Oh, nimm's zurück, das ekle Wort!  
Wer mag sich so gemein gebärden?  
Nein, nein, mich reisst es weiter fort:  
ich muss geheimer Hofrat werden!

Denn kurze drei Jahre nach Veröffentlichung dieses Gedichtes - 1843 - war der "Nachtwächter mit den langen Fortschrittsbeinen" tatsächlich Hofrat, Bibliothekar und Vorleser des Königs von Württemberg, und nun erst konnten sich die tiefsten Anlagen und Neigungen Dingelstedts zur vollen Blüte entfalten: er ward zum vollendeten Hofmann, der trefflich zu repräsentieren, zu parlieren und zu intrigieren verstand, der sich an Titeln und Orden freute, Frauengunst und Frauenliebe in reichen Zügen genoss, Gegner und Neider überlegen an die Wand drückte und doch nie, auch nicht im Augenblick des grössten Erfolges, wahrhaft glücklich war, weil er um seine eigene Gewichtlosigkeit allzu genau Bescheid wusste. So treffen wir ihn wohl noch im Sturmjahre 1848 unter den politischen Lyrikern, aber für die Freiheitsbegeisterung der ersten Monate hatte er nur halbe, zwiespältige Töne, für das Ermatten im Sommer dafür desto aufschlussreichere Epigramme, und es ist, wie wenn er sich erst selber fände, als er gelegentlich der Ermordung des österreichischen Kriegsministers Latour schreiben konnte:

Geht linkswärts ihr, uns lasset rechtswärts gehn!

In der Tat, er ging nach rechts. Die Höfe von München, Weimar und Wien fanden in ihm nacheinander den richtigen Intendanten und Direktor, der ihre Theater zu wahren Stätten des Prunkes und der Repräsentation ausgestaltete. Ein Makart der Bühne, schwelgte er in üppigen Dekorationen, in Maschinenzau-

ber und blendenden Starerfolgen, so die Veräusserlichung des deutschen Geistes auf seinem Gebiet anschaulich demonstrierend. Doch soll ihm auch zugebilligt werden, dass er sich um Wagner, Hebbel und eine moderne Inszenierung Shakespeares beträchtliche Verdienste erwarb. Was jemand leisten konnte, der mehr ein Talent als ein Charakter war, hat Dingelstedt geleistet. Ihn als politischen Lyriker mit Freiligrath und Herwegh in einem Atem zu nennen, wäre eine Unbill gegen diese treuen und opferbereiten Diener einer grossen Idee.

Dr. Alfred Kleinberg.

-----  
"Schöne" Grüsse von Poincaré.X  
-----

SPD. Dieser Bericht, der eine Kostprobe vom amerikanischen Journalismus zu geben vermag, kommt aus Belgrad und wurde dort von Maurice Decobra bei einem Journalisten-Tee, den der französische Schriftsteller anlässlich seines Belgrader Aufenthaltes gab, höchst persönlich erzählt. Mag es die Erkenntnis eines gewissen Rückganges des abendländischen Journalismus gewesen sein, oder die Ansicht, die europäische Presse mache noch immer viel zu wenig Reklame für sich - kurz, Decobra beklagte sich ernsthaft, wenn auch in seiner amüsanten Art, über die Schwerfälligkeit der europäischen Reporter und stellte ihr die leichte, geist- und humorsprühende Art gegenüber, in der sich der amerikanische Reporter dem Publikum zu präsentieren versteht.

"Hör mal, Meister," - sagte ihm einmal einer seiner amerikanischen Reporterfreunde - "ich glaube, Ihr Journalisten in Europa seid mit alten Vorurteilen belastet, die Euch in Eurer Reporterarbeit hemmen."

"Was für Vorurteile sollen das denn sein?" fragte Decobra seinen Freund.

"Was für welche? Beispielsweise: Wenn Ihr in Europa jemanden interviewt, so quält Ihr Euch ab, wortgetreu dieses Interview wiederzugeben. Damit setzt man sich bekanntlich der höchsten Gefahr aus. Der Gefahr, dass nach Erscheinen des Interviews scharfe Einsprüche und blutige Dementis von allen Seiten einlaufen. Was macht dagegen der amerikanische Reporter? Er legt der interviewten "Autorität" Worte in den Mund, die sie gesagt hätte, wenn sie eben klüger gewesen wäre, und die ihr eben nicht geingefallen sind. Wenn der Mann dann am nächsten Tage die Zeitung liest, sagt er sich höchst zufrieden: "All right, genau das habe ich ihm erzählt." Er fühlt sich geschmeichelt und übersendet dem Reporter sogleich eine danksagende Visitenkarte."

"Das hört sich etwas paradox an", wandte Decobra ein.

"Nicht im geringsten; es ist die reinste Wahrheit. Meine besten Interviews, meine sensationellsten Unterredungen mit grossen Männern waren immer diejenigen, die ich niederschrieb, bevor ich mit ihnen gesprochen hätte, oder nachdem sie mich nicht empfangen hatten oder mir keine Erklärungen geben wollten. - - Und nun das zweite Vorurteil, die zweite Frage, die Euch so viele Sorgen verursacht! Wie setzt man es durch, dass man von "schweren" Persönlichkeiten empfangen wird? - Es gibt Reporter, die an der Tür klingeln, ihre Karte hereinschicken und allen Ernstes erwarten, empfangen zu werden. Die so tun, sind Lehrlinge im Reporterhandwerk, denn sie kennen die menschliche Seele nicht."

"Vor einigen Jahren" - so erzählte derselbe Reporter weiter Decobra - "sollte ich einen Milliardär interviewen, an den man nicht herankommen konnte. Ich rief ihn daher telephonisch an und sagte: "Halloh, hier spricht der Bürgermeister von Sharyville. Unsere Stadt hat einstimmig beschlossen, eine ihrer Strassen nach Ihnen zu benennen. Wann könnten Sie uns empfangen?" - "Morgen um 11 Uhr", entschied sofort der Milliardär. Und in der Tat, er empfing mich so ehrenvoll, wie es meiner Stellung vollauf gebührt, und es gelang mir, aus ihm so manche interessante Erklärungen herauszulocken. Erst zum Schlusse stellte er mit einiger verwunderung fest, dass ich allein war. "Wo sind denn die

anderen Mitglieder der Deputation geblieben?" fragte er; und als ich ihm zur Antwort gab: "Mister X., sie erwarten mich an der Ecke und sind nicht mitgekommen, um uns nicht zu stören", da bat er mich, sie doch zu holen, um ihnen eine Erfrischung anzubieten. Ich verschwand und kehrte nie mehr zurück. Doch, wie ich hörte, hat er mir das nicht übel genommen. Vielmehr erklärte er seinen Bekannten, nachdem er mein sensationelles Interview mit ihm gelesen hatte, dass niemals jemand seine Gedanken so klar und präzise wiedergegeben hätte wie ich."

"Mein ausgezeichnete Freund log nicht," erzählte weiter Decobra den Belgrader Journalisten. "Nein, er machte es mir sogar möglich, dass ich mir selbst gleich seine Reportergeschicklichkeit zunutze machen konnte. Ich hätte nämlich gern einen Amerikaner gesprochen, von dem ich aber wusste, dass er ein vielbeschäftigter Mann ist und mich schwerlich empfangen würde. Meinen Freund, den Reporter, störte diese Kleinigkeit nicht im geringsten. Er hob den Hörer auf und rief den Betreffenden an. "'Allo, 'allo" - rief er mit französischem Akzent ins Telephon - "guten Tag, Mister Y., hier der französische Gesandte ... ich danke, gut ... und wie geht es Ihnen? ... Freut mich, zu hören... Was ich Ihnen sagen möchte, Mr.Y., ich hätte Ihnen gern mal gelegentlich meinen Freund, Monsieur Decobra, vorgestellt... Richtig, der Mann mit der "Madonna im Schlafcoupé"... Er möchte Sie gern kennen lernen, ja, und nebenbei möchte er Ihnen auch die Grüße und die besten Wünsche des Präsidenten Poincaré in dessen Auftrage übermitteln... Wie sagten Sie eben, wann könnten Sie ihn empfangen?... Heute Nachmittag um 4? ... Sehr gut, ich werde es ihm ausrichten...Ich danke Ihnen, Mr.Y., und auf Wiedersehen!"

"Mein Freund hängte den Hörer an, zündete sich eine Zigarre an, und mit einem ironischen Lächeln sagte er zu mir: "Nun siehst Du, dass Ihr in Europa nicht wisst, wie man ein Interview macht." -osi.

---

### Begegnung mit der Zeit.<sup>x</sup>

---

Der Arbeitslose,  
Akte n. 34653,  
steht vor mir.  
Ich sehe ihn an  
und sehe die Zeit,  
wie sie zuckt, wie sie schreit,  
und wie sie stumm ist,  
trotz aller Brüder Leid.

Ein Mann, eine Frau,  
vier hungrige Kinder,  
und das Brot in den Läden  
ist köstlich und gut.

Ein Mann, eine Frau,  
vier hungrige Kinder,  
und das Fleisch in den Läden  
wiegt schwer und macht satt.

Ein Mann, eine Frau,  
vier hungrige Kinder,  
und Kartoffeln sind teuer,  
und sie sparen das Salz.

Und der Mann mit der Akte  
S. 34653  
nimmt ganz langsam,  
nach Lohnklasse neun  
mit den lumpigen Zuschlägen  
für die Frau und vier Kinder,  
sein Geld.....

und geht.

Alfred Thieme

-----  
Umwandlung der Erbeigenschaften.<sup>x</sup>  
-----

SPD, Während in Jena Dr. Guenther, von seinem unrühmlich gestürzten Parteigenossen Frick berufen, eine für die Spezialbedürfnisse des Dritten Reichs zu rechtgeschusterte "Wissenschaft", die Rassenforschung, lehren darf, bereitet sich in der Stille der biologischen Laboratorien der Umschwung unsrer bisher geltenden Anschauungen vom Wesen und Wandel der Organismen vor - ein Umschwung der alles pseudowissenschaftliche Gefasel von der Existenz "minderwertiger" und "hochwertiger" Rassen mit einem Schlage zunichte machen wird, soweit der gesunde Menschenverstand dies nicht schon ohnehin getan hat. Bisher herrschte allgemein die Ansicht, die erblichen Eigenschaften z.B. eines Volksstammes pflanzten sich nahezu unverändert durch die Jahrhunderte fort, keinen anderen als "rassischen" Einflüssen und Vermengungen unterworfen. Heute steht fest, dass Charakter, Aussehen, körperliche und psychische Eigenart von äusseren - fast möchte man sagen: banalen - Einflüssen völlig geändert werden können. Es hat sich erwiesen, dass die erblichen Eigenschaften von Mensch, Tier und Pflanze willkürlich und künstlich zu ändern sind - nicht durch Züchtung, sondern in der Retorte des Laboratoriums!

Professor Dr. Goldschmidt, der Direktor des Kaiser Wilhelm-Instituts für Biologie, experimentiert seit anderthalb Jahren in der Richtung des Problems, unter welchen Umständen sich die Erzeugung neuer Erbeigenschaften durchführen lässt. Das Ziel soll eine tiefere Kenntnis der allmählichen, im Laufe der Jahrtausende erfolgenden Umwandlung der Lebewesen und der Mechanik des Vererbungs Vorgangs sein. Aus der Natur kennen wir eine einzige Methode der Entstehung neuer Eigenschaften: die der "Mutation", der plötzlichen Umwandlung des "Eigenschaftsträgers" in den Fortpflanzungsorganen.

Das Versuchsobjekt Professor Goldschmidts ist die "Taufliege", eine sehr kleine Fliegenart. Man wählte sie aus rein technischen Gründen wegen ihrer billigen Ernährung und eifrigen Fortpflanzung; jedes Tier hat 300 bis 400 Nachkommen, und innerhalb eines Jahres entstehen etwa 30 Generationen. Rund 20 Millionen dieser Tiere wurden in der Versuchszeit protokolliert - eine Zahl, die den gemachten Beobachtungen eine ausserordentliche Zuverlässigkeit verleiht. Die Taufliegen haben von Natur rote Augen. Gelegentlich entdeckte man Tiere mit weissen Augen unter ihnen: man tat sie zusammen und züchtete eine neue Abart, Taufliegen mit weissen Augen. Diese Spezies war keineswegs eine "Abnormität"; da die Naturwissenschaft nur solche Wesen abnorm nennt, die im Lebenskampf behindert sind. Die Augenfarbe der Taufliegen hat jedoch keinen Einfluss auf ihre Lebenstüchtigkeit.

Nun machte Professor Goldschmidt den Versuch, diese weissäugigen Fliegen künstlich "herzustellen". Er setzte sie einer Hitze von 37 Grad aus. Von hundert Fliegen starben dabei etwa neunzig, da sie im allgemeinen nicht mehr als 33 Grad vertragen. Bei den zehn Überlebenden aber traten "Mutationen" auf. Einige von ihnen hatten weisse Augen. Andere aber zeigten ähnliche Charakteränderungen: gespreizte Flügel statt der anliegenden, schwarze statt brauner Körper. Und das Merkwürdigste war, dass diese Eigenschaften sich als erblich erwiesen:

auch die Nachkommenschaft der Versuchsfiegen hatte weisse Augen, gespreizte Flügel oder schwarze Körper! Damit war ein verblüffender Einblick in die Werkstatt der Natur gewonnen worden. Zwar lässt sich bis heute noch recht wenig über die Theorie solcher Umwandlungen sagen. Aber man weiss, dass Hitze nur eine von vielen Möglichkeiten ist, Mutationen zu erlangen. So wandten amerikanische Forscher Röntgenstrahlen an; in deutschen und englischen Industriebetrieben wurde dagegen eine Rasse von schwarzen "Nonnen" entdeckt - Schmetterlingen, die an allen anderen Orten weiss sind! Man nimmt an, dass diese Mutation durch die Magnesium- und Bleisalze der Industrie-Abgase entsteht. Chemische und physikalische Einwirkungen vermögen also die Entstehung neuer erblicher Eigenschaften zu bewirken.

200 verschiedene Abarten der Taufliege konnten allein durch Hitzewirkung im biologischen Institut künstlich erzeugt werden. Aber auch heute steht man damit erst am Anfang eines ganz neuen Forschungsgebietes; es ist ja im Prinzip völlig gleichgültig, an welchem Lebewesen - Pflanze, Tier oder Mensch - diese Experimente vorgenommen werden, und ob die Mutationen sich auf körperliche oder seelische Eigenschaften erstrecken: jedes Lebewesen hat im Grunde die gleiche Struktur des Erbliehkeits- und Artumwandlungs-Mechanismus, und keinerlei prinzipieller Unterschied besteht zwischen physischen und psychische Charaktereigenschaften. In ein paar hundert Jahren wird man vielleicht imstand sein, Negerstämme weisshäutig und Schwarzhaarige samt ihren fernsten Nachkommen strohblond zu machen oder etwa das Menschengeschlecht für ewig auf ein gleichmässig hohes Intelligenzniveau zu heben. Das würde dann zugleich das Ende aller Pseudowissenschaftler vom Schlage Dr. Gaethers und seiner Parteigenossen bedeuten....

Ela.

-----

SPD. Eine Germanensiedlung aus der Römerzeit.<sup>x</sup> Universitätsprofessor Dr. Walter Schmidt (Graz) hat in den letzten Wochen die Grabungen in Noreja in Obersteiermark (wo im Jahre 113 v Chr. der erste siegreiche Zusammenstoss der Cimbern mit den Römern erfolgte) abgeschlossen. Es wurden neuerdings zwölf Häuser ausgegraben, sodass bisher insgesamt dreissig Häuser durchforscht sind. Ausserdem ist es gelungen, die eigenartige Stadtbefestigung in einer Länge von 194 Metern, bestehend aus einem Steinwall und einer Holzpalisade mit vier Türmen, ferner das 4,20 Meter breite Stadttor mit zwei halbrunden Tortürmen freizulegen. Vor dem Mittelurme der Palisade wurden zwei römische Belagerungstürme festgestellt. Noreja ist demnach dem Ansturm der Römer im Jahre 16 v. Chr. erlegen. In Ergänzung der antiken Nachrichten über Noreja ist nach diesen Grabungen die Lage der Hauptstadt Norikums in Obersteiermark mit voller Zuverlässigkeit bestimmt.

-----

SPD. Begründete Neugier.<sup>x</sup> In San Francisco stand kürzlich ein Neger vor Gericht und wünschte einen Verteidiger. Der Schnellrichter fragte: "Was soll denn das für einen Sinn haben? Sie sind erwischt worden, wie Sie im Edgehill Way einem Passanten die Briefftasche gestohlen haben. Man hat die Briefftasche bei Ihnen gefunden. Der Fall liegt also klipp und klar. Ich möchte gern mal wissen, was da ein Rechtsanwalt noch zu Ihren Gunsten sagen kann!"

"Das möchte ich eben auch gern mal wissen", gab der Neger zur Antwort.

-----

SPD. Allen verzeihen und niemandem verzeihen, das ist die gleiche Herzenshärte.  
Portugiesisches Sprichwort.

-----

# Preussischer Landtag

SPD. Berlin, den 8. Mai 1931

Zu Beginn der Freitag-Sitzung beantragten die Deutschnationalen, einen Antrag auf die Tagesordnung zu setzen, der sich dagegen wendet, dass das Provinzialschulkollegium in Magdeburg die Schulen angewiesen habe, zur dreihundertjährigen Erinnerung an die Zerstörung Magdeburgs durch Tilly der Ereignisse nur historisch zu gedenken, nicht aber die evangelische Kampfstimmung des Dreissigjährigen Krieges wieder zu erwecken. Der Antrag wird mit den Stimmen des Zentrums angenommen.

Es folgt die zweite Lesung des Etats der Allgemeinen Finanzverwaltung.

## Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff:

Das Rechnungsjahr 1930 schliesst mit einem erheblichen Fehlbetrag. Allein die Steuerausfälle betragen gegenüber den Ansätzen rund 100 Millionen, die Erträge der Forsten bleiben um 35 Millionen hinter dem Voranschlag zurück. Trotz einer Einsparung von rund 25 Millionen bei den Staatshoheitsverwaltungen wird der Fehlbetrag kaum unter 150 Millionen bleiben. Anleihen kommen für die öffentliche Hand in Deutschland seit der Septemberwahl nicht mehr in Frage. (Hört! hört!) So werden wir aus Fehlbeträgen und ungedeckten Anleihen am Schluss des Etatsjahres ebenfalls mit rund 150 Millionen belastet sein. Im Etatjahr 1931 wird diese gefährliche Entwicklung weitergehen. Die Erträge der Steuern und der staatseigenen Betriebe sind weiter rückläufig. Die Wirtschaftsentwicklung hat alle unsere Befürchtungen weit übertroffen. Bei so ausserordentlich stark absinkenden Einnahmen kann sich der öffentliche Haushalt nicht rasch genug anpassen. Das gilt nicht nur für uns, sondern überall. Amerika hat im Jahre 1930 einen Fehlbetrag von 4 Milliarden im Etat; die schwebende Schuld der Vereinigten Staaten wächst damit auf 17 Milliarden. England hatte im Jahre 1930 einen Fehlbetrag von 560 Millionen, 1931 einen solchen von 760 Millionen. Aber diese Länder haben natürlich viele Reserven und können auf dem Anleihemarkt frei operieren.

Der Kölner Oberbürgermeister Dr. Adenauer hat unlängst den preussischen Finanzausgleich heftig bemängelt, und ich muss zugeben, dass die sogenannte relative Garantie roh und systemwidrig ist. Trotzdem haben Landtag und Staatsrat jede Auflockerung der relativen Garantie regelmässig mit grosser Mehrheit abgelehnt, weil nur sie den Industriegemeinden des Westens und den Grenzgemeinden Oberschlesiens die unerlässliche Hilfe sichert. Im übrigen ist der Anteil der Gemeinden an den Ueberweisungssteuern des Reiches in den letzten sechs Jahren viel stärker gestiegen als der Anteil des Staates. Ebenso sind die eigenen Steuern der Gemeinden und ihre Betriebsüberschüsse rascher angewachsen als beim Staat. Der Staat hat den Gemeinden die Arbeitsgerichtsbarkeit mit 8 Millionen und Berufsschullasten mit 17 Millionen abgenommen. Auch der Staatsanteil an den Volksschullasten ist in diesen sechs Jahren stärker gesteigert worden als der der Gemeinden. Zusammenfassend: es ist absolut unrichtig, wenn Herr Adenauer die Behauptung aufstellt, dass irgendein anderes deutsches Land seine Gemeinden besser behandelt hat als Preussen.

Trotzdem bleibt es natürlich richtig, dass die Gemeinden unter den Wohlfahrtslasten nahezu zusammenbrechen. Der Staatsrat hat einen Ausgleichsfonds von 250 Millionen gefordert; aber auch er hat erklärt, dass er nicht wisse, woher der Staat das Geld nehmen solle. Entscheidend werden die Entschliessungen des Reichskabinetts über die Reform der Arbeitslosenversicherung sein. Vorläufig werden wir nach Kräften mit dem 75 Millionen Ausgleichsfonds Preussens helfen. In seine Verteilung sind wir bereit die kommunalen Organisationen einzuschalten und einem beliebigen Ausschuss dieses Hauses monatliche Nachweisung vorzulegen.

Der zweite Teil des Gutachtens der Brauns-Kommission will auf dem Wege über den Auslandskredit der deutschen Wirtschaft über den toten Punkt hinweghelfen. Aber es hat wirklich wenig Sinn, zunächst die Reparationen zu zahlen und dann denselben Betrag als Auslandsanleihe zurückzuholen. Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Lasten des Young-Plans Deutschlands wirtschaftliche Leistungsfähigkeit übersteigen. (Lachen und hört! hört! rechts) Mit grossen Forderungen im Stile des Herrn Schacht kommen Sie praktisch nicht den kleinsten Schritt vorwärts. (Sehr gut! links) Das uns beim Young-Plan gegebene Versprechen, das deutsche Wirtschaftsvolumen durch Kapitalzufuhr und Erschliessung neuer Märkte zu vergrössern, das in der Gründung der B.I.Z. Ausdruck fand, ist unerfüllt geblieben. Die Reparationsfrage wird schon in nächster Zeit wiederum das entscheidende Problem für uns alle und den öffentlichen Haushalt sein. Auf diese Sachlage muss sich die Politik nicht nur Deutschlands, sondern aller Völker einstellen. (Beifall.)

Abg. Szillart. (Soz.):

Das Kennzeichen unserer finanzpolitischen Lage ist der Einnahmeausfall von rund 125 Millionen und der ungedeckte Anleihehaushalt von rund 100 Millionen. Diese Tatsachen mahnen zur grössten Vorsicht. Preussen hat insgesamt nur eine Last von 623 Millionen Anleihen zu tragen, aber neue Anleihen zu erhalten ist ihm gleichwohl unmöglich. So sehen wir nach den schweren Sorgen dieses Haushalts die Gefahren des nächsten Haushaltsplans ins Unermessliche wachsen. Das Jahr 1931 wird uns zweifellos ein wachsendes Defizit bringen. Diese Feststellung ist wichtig, weil wahrscheinlich schon im Laufe dieses Jahres finanzpolitische Entscheidungen grössten Stils fallen müssen. Das deutsche Volk hat das Aeusserste versucht, die Verpflichtungen aus dem verlorenen Krieg zu erfüllen; aber wenn sich diese Erfüllung als unmöglich erweist, müssen wir eben über die Herabsetzung dieser Lasten mit unseren früheren Kriegsgegnern zur einer Verständigung kommen. (Sehr wahr! links) Dabei können wir an der Not der Städte und Gemeinden nicht vorbei gehen. In der Arbeitslosenfürsorge findet gegenwärtig eine vollständige Umlagerung der Lasten statt: die Zahl der Versicherungsunterstützten nimmt ab, die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen steigt. Aus den Mitteln des Staates können wir den Gemeinden nicht helfen, weil irgendwelche Mittel dafür nicht flüssig zu machen sind. So bleibt nur die Hoffnung, dass die Reichsregierung den Ernst der Lage rechtzeitig erkennt und Wege zur Hilfe für die Gemeinden sucht. Ich will mich in den Streit zwischen dem Finanzminister und dem Kölner Oberbürgermeister nicht einmischen, aber, wenn der eine als der verantwortliche Leiter der preussischen Staatsfinanzen spricht, so der andere für all die Gemeinden, die überhaupt nicht mehr wissen, wie sie ihren Etat balanzieren sollen, zumal die Steigerung in der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen in den nächsten Monaten garnicht abzusehen ist. Insofern war die Rede Adenauers jedenfalls ein Schrei in höchster Not der Kommunen. Die Möglichkeit, einen Hilfsfonds von 250 Millionen zur Verfügung zu stellen, besteht in Preussen natürlich nicht. Aber der vorhandene Fonds sollte nach bestimmten Richtzahlen verteilt werden, etwa nach der Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen und der Steuerleistungsfähigkeit der einzelnen Städte. Die bisherige Verteilungsart nach freiem Ermessen wird selbst bei gerechtester Zuteilung nicht davor schützen, dass ein Verdacht der Begünstigungen und Bevorzugungen einzelner Gemeinden auftaucht. Freilich muss bei der Aufstellung eines Verteilungsschlüssels sorgsam darauf geachtet werden, dass die Kommunen nicht für frühere sorgsame Finanzwirtschaft bestraft werden.

Was wir im Augenblick tun können, ist nur dies: wir müssen den Etat möglichst bald verabschieden, um nicht zu den vorhandenen Schwierigkeiten neue unnütze Schwierigkeiten hinzuzufügen. Im übrigen müssen Reichsregierung und Landesregierungen gemeinsam an einer wirksamen Hilfsaktion für die Gemeinden

arbeiten. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Es folgen die Abstimmungen zum neuen Polizeiverwaltungsgesetz. Die Kommunisten beantragen, über jeden der 87 Paragraphen namentlich abzustimmen. - Weiberberatung Sonnabend.

---

Landtags=Stimmungsbild.

---

SPD. Berlin, 8. Mai (Eig. Ber.)

Der Preussische Landtag begann am Freitag die Beratung der Allgemeinen Finanzverwaltung. Aus den Reden des Finanzministers Dr. Höpker-Aschoff wie aus der klaren Sachdarstellung des sozialdemokratischen Redners Szillat, ergab sich, dass naturgemäss die Wirtschaftskrise auch den preussischen Etat nicht verschont hat. Trotz aller Sparsamkeit und Vorsicht wird der Haushalt für 1930 mit einem Fehlbetrag von rund 150 Millionen schliessen, ebenso hoch wird die schwebende Schuld angewachsen sein, da seit dem Septembersieg der Nationalsozialisten mittel- oder langfristige Kredite für die öffentliche Hand nicht mehr zu erlangen sind. Alle Aussichten deuten für 1931 auf einen wachsenden Fehlbetrag hin. So ist auch Preussens Finanzlage sehr ernst geworden. Der Finanzminister und der Redner der sozialdemokratischen Fraktion stimmten darin überein, dass in kürzester Zeit versucht werden müsse, die Zahlungen aus dem Young-Plan zu ermässigen. Dabei ist die Finanzlage von Reich und Preussen noch nicht einmal so bedrohlich wie die zahlreicher Gemeinden. Ueber die eigene Finanznot hinaus müssen Reich und Staat ungesäumt Massregeln ergreifen, Städten und Kreisen die Aufrechterhaltung der Unterstützung der Wohlfahrtserwerbslosen zu ermöglichen.

Die Debatte wurde dann abgebrochen, um zunächst die am Vortage zurückgestellten Abstimmungen über das Polizeiverwaltungsgesetz nachzuholen. Die Deutschnationale, Deutsche Volkspartei und Kommunisten hatten anfänglich die Absicht, die Verabschiedung der Vorlage durch Obstruktion unmöglich zu machen. Da Wirtschaftspartei und Deutsche Fraktion aber nicht mitmachten, gelang es, der Fraktion schwarz=weiss=rot=Front nicht, die Beschlussunfähigkeit herbeizuführen. Der deutschnationale Fraktionssekretär Polizeimajor a. D. Borck verhandelte zwar dauernd und eifrig mit den Kommunisten Schwenk und Kasper, aber die vereinbarte Aktion drang nicht durch. So begnügten sich die Kommunisten damit, über jeden einzelnen der 87 Paragraphen des Polizeiverwaltungsgesetzes namentliche Abstimmung zu beantragen.

---